

Erzheim:  
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Blotz  
bei der Geschäftsstelle 3.50  
in den Ausgabestellen 3.70  
durch Zeitungsboten 3.80  
durch die Post 3.90

auschl. Postgebühren  
ins Ausland 6 Blotz,  
in deutscher Währung 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.  
Tel.-Nr.: Tagesblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postfachkonto für Polen  
Nr. 200 288 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postfachkonto für Deutschland  
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.  
für die Millimeterzeile im (Anzeigenteil 15 Groschen,  
Reklameteil 45 Groschen.)

Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.



## Die Eröffnung der neuen Sejmession.

Stimmung vor der Eröffnung. — Ein verheißungsvoller Anfang. — Die große Rede Grabskis. — Die Debatte.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

(Durch den Streik verspätet.)

Wir haben, durch den Buchdruckerstreik behindert, nur kurz und andeutungsweise über die Ereignisse berichten können. Da nun unser Blatt wieder voll erscheint, werden wir nach Möglichkeit ausführliche Überblick über die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit geben. Zu diesen wichtigsten Ereignissen in Polen gehört die Eröffnung der Sejmession, das Exposé Grabskis und die Debatte, die geführt wurde. Hierzu gehört auch die Rede des deutschen Sejmabgeordneten Kronic, der die Stellungnahme der deutschen Sejmfraktion präziserte. Wir beginnen mit einem ausführlichen Bericht über den Beginn der Sejmession, der gleichzeitig ein geschichtliches Dokument ist.

Ruhige Stimmung! Interessante Zwischenfälle, wie man sie im vorigen Jahre gesehen hat, scheinen vollkommen ausgeschlossen. Nichts Besseres kann man von einer gesetzgeberischen Versammlung sagen, als daß sie sensationlos verlaufen wird. Vor einem Jahre, als die Regierung Morawitz-Bitos ihre schneidigen Maßnahmen zur Bekämpfung der ihr nicht genehmen Presse traf, als der Eisenbahnerstreik im Lande wüthete, der schließlich zu den bedauerlichen Krawallen in Breslau führte, war die Luft gewittertrocken geladen, und die ganze Linie war zum heftigsten Kampfe gegen die Regierung gerichtet. Heute versammelt man sich zu ernster Beratung, um die Rede des Ministerpräsidenten Grabski anzuhören, dessen Verdienste um die Sanierung der Finanzen auch diejenigen anerkennen, die mit Sorgen die wirtschaftliche Krise ansehen, die über dem Lande schwebt, und die zum großen Teile eine Folge, vielleicht eine unvermeidliche Folge der Sanierung ist. Selbstverständlich laufen auch wieder die Wandelganggerüchte über bevorstehende Umbildung des Kabinetts. Wir lassen hierbei unbestimmte Vermutungen außerhalb unserer Betrachtungen. Im Grunde denkt wohl niemand daran, nun einen Sturz des Kabinetts herbeizurufen.

Von Seiten der Presse der Rechten sind zwar lebhaftere Angriffe gegen den Außenminister Grabski gerichtet worden, aber der Unparteiliche muß doch anerkennen, daß seit Herrn Sedas nicht sehr glücklicher Verwaltung des Außenministeriums recht namhafte Fortschritte erzielt worden sind. Es ist das Wiener Abkommen getroffen worden, und es soll nun in letziger Ausführung dieses Abkommens eine aus Deutschen und Polen bestehende gemischte Kommission ins Leben gerufen werden, und so scheint es, daß der leidige Kampf um die Staatszugehörigkeit, dessen rigorose Führung durch die polnischen Behörden dem polnischen Namen im Ausland so viel geschadet hat, nun in ein für Polen ruhigeres Fahrwasser gelangt. Außerdem stehen Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland bevor. Man hatte die Ungleichheit der Verhandlungen, durch seine scharfe Politik gegen die freie Stadt Danzig unliebsam in Deutschland bekannt, früheren Vertreter Polens in Danzig, Bluminski, zum Vorsitzenden der polnischen Delegation für die Unterhandlungen machen zu wollen. Bluminski war klug genug abzuweisen, und so die Verhandlungen mit seiner Person nicht zu belasten.

Die Notwendigkeit der Verhandlungen wird zweifellos zu einer weiteren Reinigung der Atmosphäre führen, wenn auch einige Blätter allerhand Steine jetzt schon den künftigen Unterhandlungen in den Weg zu stellen suchen. So will ein Blatt der Linken, das sich manchmal den Anschein wirtschaftlicher Sachkenntnis gibt, gerade jetzt, wo es sich darum handelt, daß Polen, wenn es weiter als mittelgroße Nation von Deutschland behandelt werden will, nun auch Deutschland dieses Vorrecht einräumt, verlangt, daß die polnische Regierung Zusätze für deutsche Waren einfügt! Dies unter der Begründung, daß Deutschland vermöge der jetzt so erfolgreich zustande gekommenen Anleihe und seiner verlängerten Arbeitszeit in der Lage sei, billiger zu produzieren.

Zu den mißliebigen Dingen, die augenblicklich in der Luft schweben, die aber die Regierung nicht weiter berühren, gehören die noch nicht aufgearbeiteten, angeblichen Steuerhinterziehungen in Oberschlesien, wobei sehr ernste Vorwürfe gegen die hervorragende Abgeordnete, wie den Wismarschall des Sejm, Sedwa, und den früheren Minister Morawitz erhoben werden. Es wird naturgemäß auch nicht an beständigen Angriffen gegen Grabski fehlen. Aber da die Krise im Lande immer noch fortdauert. Aber zu Beginn der abgelaufenen Sitzungsperiode war die Luft bedauerlich von Unmuthen durchdrungen. Schließlich wird Herr Grabski auch bezüglich der Nachtragsforderung von 125 Millionen für das Jahr 1924 wohl kaum ernste Schwierigkeiten finden, und so ist es wirklich möglich, daß die Arbeiten des Sejm in dieser Periode ohne besondere Zwischenfälle sich entwickeln können. Wobei wir aber stets die für polnische Verhältnisse nötige Einschränkung machen: Unvorhergesehenes vorbehalten!

### Sejmorkonvent des Sejm.

Ministerpräsident Grabski hatte an den Sejmarschall Katak einen Brief gerichtet, in dem er die im ganzen Lande bestehenden Filialen der Sejm- und Senatsbüros für unzulässig erklärte, da sie unter der Firma einer solchen Filiale andere, oft mit den Interessen des Staates in Widerspruch stehende Dinge trieben, wie zum Beispiel die Tätigkeit für den Deutschthumsbund. (11) Lediglich Abgeordnete dürften Büros privater Natur eröffnen. (Man darf hierzu bemerken, daß es deutsche Filialen des Sejm- und Senatsbüros bereits seit längerer Zeit nicht mehr gibt, und daß diese in private Büros umgewandelt worden sind, so wie sie Herr Grabski im Auge hat.)

Der Sejmarschall Katak wollte den Brief Grabskis sofort in einem zustimmenden Sinne beantworten. Dr. Reich vom jüdischen Klub erklärte, daß auch die jüdischen Klubs für Sejm und Senat derzeitige Filialen besäßen. Sie seien aber lediglich zur Bequemlichkeit des Publikums eingerichtet, das auf diese Weise Erfindungen einziehen könne, ohne erst nach Warschau fahren zu müssen. Er bittet den Sejmarschall, die Antwort um einige Tage aufzuschieben, bis sich die einzelnen Klubs beraten hätten. Also geschah es.

### Grabskis große Rede.

Bevor sie gehalten wurde, verliefte der Sejmarschall, daß gegen zehn Abgeordnete Auslieferungsgesuche

vorliegen. Unter ihnen befindet sich auch der deutsche Abgeordnete Grabski. Solche Auslieferungsgesuche sind die übliche Feierlichkeit, mit der der Sejm eröffnet zu werden pflegt. Man braucht sie nicht immer allzu ernst zu nehmen, gewöhnlich werden sie abgelehnt.

Grabski sprach zunächst von dem ausgesprochenen Friedenswillen Polens, wobei er mit Sympathie von den Völkerbundsbeschlüssen redete. Aber Polen müsse doch wachsam sein. Und es sei nötig, daß auch Rußland und Deutschland in den Gesamtkreis der internationalen Beziehungen einbezogen werden, für die dann die bestehenden Grenzen ein unveränderliches Gewas würden.

Erf wenn sich auch die Seele der Völker seiner Nachbarn verändert habe, werde Polen seiner Zukunft sicher sein. Die Gegenwart aber zeige, daß bei Polens Nachbarn noch ganz andere Strömungen, als die rein friedlichen im Gange seien. Und die Stimmungen, die Polen wieder seiner Freiheit berauben wollen, sind noch nicht geschwunden. Wenn auch die Völker auch auf ihre imperialistische Vergangenheit verzichtet haben, so gibt es doch genug Symptome, die beweisen, daß der Wiedereroberungsgedanke nicht erloschen ist. Die Völker aber, die auf Polens Untergang sinnen, dürfen keinen höheren Rang im Völkerbund einnehmen, als Polen (Ohl Herr Grabski! Das soll wohl heißen, daß Deutschland seinen Sitz im Völkerbund hat, wenn nicht auch gleichzeitig Polen einen solchen Sitz erhält. Herr Grabski beginnt hier eine unfruchtbare Arbeit. Es steht so gut wie fest, daß Deutschland bei seiner Aufnahme in den Völkerbund unumwiderrlich diesen Sitz erhält. Polen ist bisher mit seiner Kandidatur durchgefallen. Es ist aber so ziemlich ausgeschlossen, daß der Widerwuch Polens allein genügen wird, um Deutschland dieses Sitzes zu berauben, wenn nicht Polen ebenfalls einen Sitz erhält. Eine Politik, deren Ausschließlichkeit von vornherein feststeht, soll ein Staatsmann lieber gar nicht erst beginnen. Auch nicht davon reden soll er!)

Nach dieser kurzen Abweisung in die Außenpolitik lenkte Grabski zu den inneren Angelegenheiten über. Die Banditen-einfälle im Osten haben Unruhe hervorgerufen. Sie sind zwar größer als gewöhnliche Überfälle, aber sie waren lediglich zu ruhigen werden unternommen. Die Regierung muß eine tröstliche Abwehrkräfte im Osten schaffen. Unter Schonung der Rechte als Bürger der dortigen Bevölkerung, müssen wir Kraft der Gewalt entgegengehen. Die Regierung muß ein betriebs- und dauerhaftes Programm haben, deren erstes die Ausführung der Sprachengesehe im Osten sein muß. Auch alle anderen Reformpläne in dieser Hinsicht will die Regierung konsequent durchführen.

Sehr ernste Worte widmet Grabski der Misere. Die Ernte sei um 30-40 Prozent geringer als im Vorjahr. Und wenn sie früher für 18 Monate gereicht hätte, so jetzt nur für 11 Monate. Bei der anhaltenden Steigerung der Roggenpreise will der Minister alles tun, um durch Erhöhung der Ausfuhrzölle die Ausfuhr zu hindern. Gleich bei den ersten Nachrichten von der schlechten Ernte hat die Regierung drei Millionen Blotz zum Ankauf vorjährigen Getreides ausgeworfen. Weiter will die Regierung dem Sejm sofort ein Gesetz vorlegen, das die Getreideverfütterung einschränkt. Hier weitere Millionen wurden als Kredit für die Kleinbauern eingefleht. Der Bank Kohn (Ackerbaubank) wurden 6 Millionen überwiesen, damit sie die Bauern mit Geld für die Herbstsaat versorgen könne.

Die Bank Kohn hat in diesem Jahre 22 Millionen Blotz bekommen, die ganz für den Kleinerbauern bestimmt sind. Die Großbauern haben 8 Millionen, und zwar von der Sozialwirtschaftsbank erhalten. Hier wird sich eine Frage auf: Aus welchen Mitteln sind diese 30 Millionen genommen worden? Wie wir erfahren, sind nicht weniger als 27 Millionen von der Bank Polki an die Bank Kohn als Kredit gegeben worden, für welche die Bank Polki Hypotheken (Pfandbriefe) erhält. Wir könnten eine derartige Geldpolitik der Bank Polki nicht ohne eine gewisse Verwahrung mit ansehen. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind um 100 Prozent gestiegen, so erklärte Grabski, das sei eine Tatsache, die noch schwerer wiege wie die Misere.

Der Ackerbauer, der vor dem Kriege für ein Sack 2. B. 28 Kilo Roggen geben mußte, hat nun 60 Kilo zu geben. Das ist schlimm, aber im Oktober 1923 mußte er sogar 123 Kilo geben. Die Lage hat sich also für ihn namhaft gebessert, denn ein ähnliches zeigt sich in anderer Hinsicht ebenfalls. Für Rohle aber, die er vor dem Kriege mit 28 Kilo Roggen bezahlen mußte, hat er heute sogar nur 26 zu geben.

Die Lebensmittelpreise haben sich unerhört verteuert, und auch die Engrospreise wachsen unaufhörlich. Die allgemeine Teuerung ist um 14 Prozent gestiegen. Alles das ist ein großes Unglück. In Polen ist das Getreide in den letzten drei Monaten um 60 Prozent teurer geworden, in Deutschland um 62 Prozent! In Deutschland fielen aber die Textilwaren von 100 auf 98 Prozent, bei uns aber stiegen sie von 100 auf 104 Prozent.

Um der Teuerung entgegen zu wirken hat die Regierung eine Reihe von Steuerermäßigungen eingeführt, so hinsichtlich der Kohlensteuer. Auch die Bahnzölle wurden ermäßigt. Am wichtigsten ist es aber, daß die Regierung eine Regelung der Einfuhrzölle vornahm.

Eine besonders schlimme Wirkung der Krise ist die Arbeitslosigkeit. In Polen gab es Anfang September 163 000 Arbeitslose, also 10 000 mehr als die normale Zahl. Die Regierung wird für Arbeitslosenunterstützung in der nächsten Zeit 6 Millionen, außer den bereits vom Sejm bewilligten 6 Millionen auszuwerfen haben. Die Städte werden Vorstöße erhalten für die Unterstützungen der Regierung, um Arbeitslose beschäftigen zu können.

Noch ärger als die Arbeitslosigkeit greifen in das Wirtschaftsleben die hohe Prozentzinsen für geliehenes Geld,

### der Mangel an Bargeld

und der Kreditmangel, die die Konfunktionsfähigkeit mit dem Ausland unterbinden. Alles das erfordert erfolgreiche und rasche Hilfe. Die Regierung hat deshalb die große Summe von 40 Millionen bei der Bank Polki und bei der Sozialwirtschaftsbank und anderen Kreditinstituten zinslos platziert, damit aus dieser Summe kurzfristige Darlehen gegeben werden können. Aber ein Anspruch auf diese Anleihen hat von vorn-

herin niemand, denn sonst würde dies zu endlosen Anleihen der Banken bei der Regierung führen. Weiter letzte die Regierung einen Zwangszinsfuß fest, wenn sich auch die Regierung überzeugen mußte, daß in weiterem Kreise diese Maßregel unwirksam blieb. Die Regierung hat danach gestrebt, die Kosten der Verwaltung noch weiter herabzusetzen. Die allgemeinen Kosten der Banken im Verhältnis zum eingezahlten Kapital betrugen vor dem Kriege 0,1 Prozent, am 31. Januar d. J. aber 18 Prozent. Diese schauderhafte Summe der Verwaltungskosten hat sich aber allmählich auf 9½ Prozent ermäßigt.

Eine auswärtige Anleihe ist nicht für den polnischen Staat, aber für das Privatwirtschaftsleben notwendig. Ebenso notwendig ist es aber, daß sich die Wirtschaft nicht stets mit Geheule an den Staat wende, der nicht dafür da sei, um Geld zu geben, sondern um Geld für die Finanzen zu nehmen!

Die Landwirtschaftsbank ist zu dem Zwecke gegründet, auswärtige Anleihen zu erhalten, und sie wird einen Kredit von 10 Millionen Dollar für staatliche Arbeiten und staatliche Neuanlagen erhalten. Dieses Geld ist in aller nächster Zeit zu erwarten. Es soll für hygienische Anlagen in erster Linie verwandt werden. Auch sollen neue Eisenbahnlinien mit Hilfe auswärtiger Kredite gebaut werden, die die Kohlengruben mit dem übrigen Polen verbinden sollen. Der Bau solcher Linien soll schon im nächsten Jahre begonnen werden.

### Mit ausländischen Anleihen

Soll auch die Bautätigkeit belebt werden. Die Politik der Bank Polki wurde als zu vorsichtig kritisiert. Man wollte sogar neben der Bank Polki ein ähnliches Institut gründen, was die Regierung niemals zulassen wird. Die Bank Polki muß eine weitgehende Deckung des umlaufenden Notengeldes besitzen, und diesen Grund hat sie auch ein. (Über die Bank Polki werden wir gesondert berichten.) Ein Bankrotfall kann mit einer so mächtig fundierten Bank niemals konkurrieren.

Wenn man fragt, weshalb die Deutschen eine derart große Anleihe in so rascher Zeit erhalten haben, so muß ich darauf antworten, daß ich als Minister eine solche Anleihe überhaupt nicht haben möchte, die mir die Selbstständigkeit der Bahnen, einen Teil der Einkünfte rauben würde, und die die Notenbank zur Hälfte in ausländische Hände bringt, und dies in Deutschland geschehen ist. Auf eine solche Anleihe und ihren Erfolg wird Polen niemals eifersüchtig sein.

### Grabski und die Wirtschaftslage Polens.

Grabski hat ein Recht darauf, stolz zu sein. Er ist der erste polnische Minister, der dem Lande zur gefühlvoll dargelegten Zeit ein Budget vorlegt. Er ist auch der erste Minister, der in der Lage ist, das Gleichgewicht des Budgets nachzuweisen. Der Vorschlag sah an Einnahmen 1422 Millionen, an Ausgaben 1592 Millionen vor, rechnet also mit einem Defizit von 170 Millionen. Außerdem brachte Grabski, wie wir schon berichtet haben, eine Nachtragsforderung von 125 Millionen, zusammen demnach einen Fehlbetrag von 295 Millionen. Herr Grabski weiß nach, daß dieser Fehlbetrag gedeckt ist aus unvorhergesehenen Einnahmen, die im Vorschlag nicht verzeichnet waren. Und der Fehlbetrag ist tatsächlich auch nicht im Vorschlag erwähnt, indem die Einnahmen gedeckt werden. Diese Einnahmen sind aber einmaliger Natur. So z. B. der Gewinn von rund 100 Millionen, den Grabski bei der noch nicht vollendeten Liquidierung der Landesbank-Lehnstasse und ihrer Übertragung an die Bank Polki erzielen wird. Ferner die ungefähr 60 Millionen Gewinn, die aus der Veräußerung von Silber- und Scheidemünzen (nach Abzug der Prägungskosten) entstehen. Denn da der Minister nur bis zu 150 Millionen Kringeld in Umlauf bringen darf, so hat dieser Betrag nur einen einmaligen Wert. Wenn die 150 Millionen in Umlauf gebracht sind, kann er keine Gewinne mehr aus diesem Posten erzielen. Von der italienischen Anleihe sind 33 Millionen übrig (sie erbrachte 83 Millionen, wovon 50 Millionen für das Tabakmonopol verwandt wurden). Die Eisenbahnobligationen hat der Minister, als das Publikum nur sehr ungern zur Übernahme dieser Papiere schritt, dennoch unterzubringen gemußt, indem er einfach Zahlungen für Lieferungen an den Staat mit diesen Eisenbahnobligationen vollzog. Er mag auf diese Weise 30 Millionen erhalten haben. Wir erwähnen dies alles, um zu zeigen, daß für das Budget des nächsten Jahres auf diese ungewöhnlichen Einnahmen verzichtet werden muß, daß der Minister also andere Hilfsquellen erschließen muß. Wir denken, daß er sie in den Monopolen, vor allem in dem am 1. Januar beginnenden

### Spiritusmonopol

zu finden hofft. Allerdings darf das Spiritusmonopol nicht zu gleich elende Vermarktung finden, wie gegenwärtig das Tabakmonopol, das aber trotz aller Mängel, statt der veranschlagten 70 Millionen, wohl 120 Millionen ergeben dürfte. Die wichtigste Einnahmequelle aber bleiben die Steuern. Und hier ist es die Frage, ob das Land noch steuerkräftig genug sein wird, um den hohen Erfordernissen entsprechen zu können.

### Das kommende Budget.

Minister Grabski hat mit Recht auf den glänzenden Stand der Bank Polki hingewiesen. In der Tat, eine Deckung von nahezu 70 Prozent für die umlaufenden Noten ist genügend, um, wie wir schon früher ausgeführt haben, den Platz für absehbare Zeit zu sichern. Nun sagt der Minister selbst, daß eine Teuerung von 14 Prozent für die gesamte Lebenshaltung in den letzten drei Monaten eingetreten ist. Für Getreide beträgt die Teuerung allein 60 und für Lebensvieh 42 Prozent. In Wahrheit kann man ruhig die allgemeine Teuerung mit mindestens 20 Prozent berechnen.

Die Teuerung bedingt eine

### Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Die bereits im Gange ist, und die vor einem halben Jahre begonnene Anstrengung mit Hilfe geringerer Löhne und längerer Arbeitszeit billiger als bisher zu produzieren und somit wieder im Ausland konkurrenzfähig zu werden, mehr oder weniger ergebnislos machen kann. Die nun vorliegende Außenhandelsziffer für



# Erneutes Vertrauensvotum für Grabski.

Der Herr Unterrichtsminister Miskajewski. — Voreiligkeit. — Schnell gekränkt. — Aus der Budgetkommission. — Der Misstrauensantrag der Ukrainer und Weißrussen. — 237 Stimmen für, 52 gegen die Regierung.

(Warschauer Sonderbericht des „Posener Tageblattes.“)

## Ein sonderbarer Irrtum des Unterrichtsministers.

Herr Miskajewski, der polnische Unterrichtsminister, hat eine gehänselte Warnung an die Lehrer Polens gerichtet. Er hat ihnen in einem Rundschreiben den Vorwurf gemacht, daß sie auf dem allgemeinen Lehrertag einen Beschluß angenommen hätten, wonach die Lehrer den Sejmabgeordneten den Auftrag erteilt hätten, gegen den Unterrichtsminister ein Misstrauensvotum einzubringen, da die Lehrer diesem Minister kein Vertrauen entgegenbrächten. Man kann es dem Minister wahrhaftig nicht verübeln, wenn er es sich verbißt, daß die staatlich angestellten Lehrer dem höchsten Beamten des Unterrichtsdepartements das Vertrauen kündigen lassen wollen. Die Sache hat aber einen Haken: den Lehrern ist es gar nicht eingefallen, einen derartigen beschließenden Entschluß zu fassen. Jemand im Referat hat also dem Minister eine Nachricht vorgelegt, die er nur vom Hörensagen kannte, und der Minister ist darauf eingegangen. Wirklich ein Vorgang, der einermassen nachdenklich stimmen kann. Die Lehrer haben Beschlüsse über ganz andere Dinge gefaßt. Sie haben, wie das ihr gutes Recht und ihre Pflicht war, einen Beschluß gefaßt, der die Verminderung der Zahl der Schulen bedauert, und das um so mehr, als in Polen anderthalb Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter absolut keinen Unterricht genießen können, was angesichts der großen Zahl der Analphabeten, der Leute, die weder lesen noch schreiben können, gewiß recht traurig genannt werden muß. Die Lehrer haben über den Mangel an Schulkollegen geklagt und ähnliches mehr. Aber ein Beschluß, wie ihn der Minister rügte, ist nicht über ihre Lippen gekommen. Eine andere unangenehme Geschichte, ebenfalls mit irigen Auffassungen verbunden, passierte dem Unterrichtsminister in der heutigen Sitzung der Unterrichtscommission des Sejm. Der Abg. Nowicki von der „Byzowolnie“ stellte nämlich den Antrag, den fehlenden Herrn Miskajewski in die Kommission holen zu lassen, denn er solle eine Anzahl Anfragen beantworten, was er auch versprochen habe. Und Herr Miskajewski wurde geholt und erschien gegen 12 Uhr. Nowicki begann seine Interpellation. Der Minister ärgert sich. Er sagt, es sei keine Art, ihn herbeizuholen. Das ginge gegen die Verfassung und gegen die Sejmordnung. Man solle die Anfragen schriftlich einbringen. Über diese schöne Rede waren die Mitglieder der Kommission teils verwundert, teils erlöst, was man einermassen verstehen kann. Und der Vorsitzende der Kommission erteilte dem Herrn Minister eine kleine Belehrung. Seit Jahr und Tag sei es üblich, daß der Minister mündliche Anfragen entweder sofort oder auf der nächstfolgenden Sitzung beantworte. Wenn sich Herr Miskajewski dem widersetze, so wolle man die Entziehung des Sejmmandats anrufen. Herr Miskajewski widerlegte sich nicht mehr. Und nun kamen eine Reihe von Anfragen, darunter auch eine des deutschen Abgeordneten Ulla, die den Minister sichtlich in Verlegenheit brachte. Ulla behandelte Dobzer Schulfragen. Es gibt in Lodz eine Menge von Schulleitern, die schon vor dem 1. Oktober 1917 angestellt sind und die die Anerkennung noch nicht erhalten haben. Alle Lehrer aber, die vor diesem Termin die Anstellung erhalten haben, müssen anerkannt werden und auch die dementsprechende Bezahlung erhalten. Der Minister wußte, wie gesagt, nicht gleich eine Antwort zu finden, und so wird diese Antwort denn später gegeben werden müssen.

## Die Budgetkommission.

Hauptberichterstatte über das Budget für 1924 (Nachtragserforderung von 125 Millionen) war der ausgezeichnete Kenner von Finanzfragen des Staates, Jdgiewski. Er zeigte, daß die staatlichen Unternehmungen nur 9 Millionen während der ersten neun Monate erbracht hätten, statt der erhofften 74 Millionen, daß dagegen, wie wir bereits des öfteren ausgeführt haben, die Monopole, vor allem das Tabakmonopol, große Mehrerträge ergeben haben. Das Defizit bei den staatlichen Unternehmungen berechnet der Berichterstatter auf 50 bis 60 Millionen. Die Ausgaben wurden eingeschränkt um etwa 120 Millionen in neun Monaten. Die Einnahmen und Ausgaben aus Monopolen ergaben zusammen etwa die veranschlagte Summe; rechnet man aber die direkten Steuern allein, so ergibt sich der bereits von uns früher dargelegte Ausfall. Bei einer Ausgabe von 825 Millionen für die Umleitung der Landesbahnschiffe in die Bank Polaki hat das Finanzministerium im ganzen 180 Millionen Überschuß behalten, die der Bank Polaki zurückerstattet werden müssen. Der Umlauf an Scheidemünzen betrug am 1. Oktober 1918 Millionen, das Defizit des Jahres 1924 berechnet Adziewski.

## Um die deutsche Schule in Polen.

### Interpellation

des Abg. Graebe und anderer Abgeordneten von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Kultusminister über die unrechtmäßige Beschulung deutscher Kinder in polnischen Schulen.

In den Wojewodschaften Posen und Pommerellen sind eine große Anzahl deutsche Kinder vorhanden, die gezwungen sind, ihren gesamten Unterricht in der Schule mit polnischer Unterrichtssprache zu genießen. Es ist nicht einmal dafür Sorge getragen, daß die Kinder wenigstens Unterricht im Schreiben und Lesen in ihrer Muttersprache erhalten. So gehen im Kreise Schubin von 1781 deutschen Schulkindern 388 in polnische Schulen. Das sind 22,2 Prozent oder über ein Fünftel der Gesamtzahl der deutschen Schulkinder im Kreise Schubin. Im Kreise Kulm sind von 1276 vorhandenen deutschen Schulkindern 799 in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache untergebracht. Das sind 62,6 Prozent oder über drei Fünftel von der Gesamtzahl. Im Kreise Graudenz sind von 1642 vorhandenen deutschen Schulkindern 765 in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache untergebracht. Das sind 46 Prozent oder fast die Hälfte.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Kreisen Posen und Pommerellen. Die meisten dieser deutschen Kinder könnten in schon bestehenden deutschen Nachbarschulen oder in neu zu gründenden deutschen Sammelschulen oder in deutschen Privatschulen untergebracht werden, wenn die Kreisinspektoren bzw. die Schulkuratoren bei den Wojewodschaften sich entschließen, eine Verwaltungsgeographie anzuwenden, die den Bedürfnissen des deutschen Schulwesens mehr Rechnung trägt, und wenn sie ferner in allen Fällen, wo es nötig ist, eine Privatschule einzurichten, die nicht unterrichtlich benutzten Schulhäuser zur Verfügung stellen.

Wir geben in der Anlage eine genaue Aufstellung vom 1. 9. 24 für die Kreise Schubin, Kulm und Graudenz über die gegenwärtige Beschulung sämtlicher deutschen Schulkinder und unterbreiten Vorschläge, wie die deutschen Kinder aus den polnischen Schulen herausgehoben werden könnten. So könnten im Kreise Schubin von den 388 deutschen Kindern, die in polnische Schulen gehen, 71 Kinder in zu gründende Privatschulen untergebracht werden. (Siehe Vorschläge 2, 5 und 6 auf Seite 13 und 14 der Anl. I.) In schon bestehenden deutschen Nachbarschulen könnten 315 deutsche Kinder untergebracht werden, die jetzt in polnische Schulen gehen. (Siehe Vorschläge 1, 3, 4 und 7—19 auf Seite 13—18 der Anl. I.) Auf diese Weise würden im Kreise Schubin alle deutschen Kinder aus polnischen Schulen herausgenommen werden können. Im Kreise Kulm könnten von den 799 deutschen Kindern 50 Kinder in zu gründende Privatschulen (siehe Vorschläge 36—42

einschließlich der 125 Millionen Nachtragserforderung, ähnlich wie wir dies getan hatten, auf 285 Millionen. (Wir hatten 300 Millionen angenommen.) Der Minister erhält aus unvorhergesehenen Einnahmen (italienische Anleihe, Ausgabe der Münzen und der Scheidemünzen, Dollaranleihe usw.) 347 Millionen, wobei der Berichterstatter auch die für das Tabakmonopol verwendeten 25 Millionen, die aus der italienischen Anleihe kamen, miteinrechnet. Somit behält der Minister für das nächste Jahr also noch rund 63 Millionen übrig, die als auf die Aktivseite des Budgets für 1923 geschrieben werden. Minister Grabski bemerkt noch, daß die Monate November und Dezember erfahrungsgemäß Überschüsse bringen, die er zur Verbesserung der Beamtengehälter verwenden will.

## Vertrauensvotum für Grabski.

Wie wir bereits berichtet haben, lag ein Misstrauensantrag vor, der von Seiten der Ukrainer und Weißrussen kam und dem sich übrigens auch noch die Kommunisten angeschlossen hatten. Da nun der Misstrauensantrag aus dieser Sache kam, so mußte er für die Regierung eine günstige Wirkung ausüben, denn keine der polnischen Parteien konnte es unter solchen Umständen wagen, sich auf die Seite dieser „Spötter“ zu setzen. Selbst die Sozialisten nicht. Von den Minderheiten haben nur die Juden offen für den Misstrauensantrag gestimmt. Die Deutschen waren vernünftigerweise nicht im Saale. Nur die beiden Sozialisten der deutschen Gruppe, Kronig und Berbe, haben für den Misstrauensantrag gestimmt. Die Regierung erhielt daher die große Mehrheit von 237 Stimmen, die alle gegen den Antrag stimmten, für den sich nur 52 Stimmen aussprachen. Herr Grabski kann also jetzt in allem Frieden seine Arbeiten fortsetzen, allerdings wird er die verschiedenen Ministerneuerungen vornehmen müssen, da sein Kabinett sonst bei passender Gelegenheit wieder bedroht werden würde.

Die Sejm-Sitzung enthält wenig interessante Punkte. Der jüdische Abgeordnete Frostig wies wieder einmal, wie dieses schon so oft geschehen war, darauf hin, daß im Umlauf sich nur 488 Millionen Zloty zuzüglich 180 Millionen Kleingeld befänden, während die Summen, die als Steuern bezahlt werden müssen, allein schon das Dreifache dieses Betrages ausmachen und die Vermögensabgabe das Anderthalbfache. Woher solle man unter solchen Umständen das Geld zur Entrichtung der Steuern nehmen? Er fragte, daß die Bank Polaki nicht elastisch genug in der Beschaffung von Umlaufsmitteln sei. Auch folge die Bank Polaki nicht dem Beispiel ausländischer Banken, die sich um ausländische Anleihen bemühten. Der Unterrichtsminister Kärner erwiderte, daß die Deduktion des Notenumschlages bei der Bank Polaki in den letzten Monaten auf 60 Prozent zurückgegangen sei, was allein schon beweise, daß die Bank Polaki mit der Ausgabe von Noten für den Geldumlauf sehr weit gegangen sei.

Die Kommission für Arbeiterzuschuß fordert die Regierung auf, ein Gesetz einzubringen, welches den aus Deutschland zurückgewanderten Arbeitern Hilfgelder zu erteilen gestattet und die Rentenansprüche regelt, die der Zurückgewanderte in Deutschland als Mitglied einer dortigen Versicherungsgesellschaft erworben hat.

Schließlich wurde der Antrag, eine Untersuchung in der Angelegenheit der angeblichen Steuerhinterziehungen in Oberschlesien einzuleiten, angenommen. Die Sache geht somit an die Kommission.

Nächste Sitzung: Freitag.

## Die Rücktrittsgesuche eingereicht.

### Die Umbildung des Kabinetts Grabski.

Am Mittwoch abend reichten drei Minister des Kabinetts Grabski, und zwar der Justizminister Wgjanowski, der Innenminister Sabiner und der Arbeitsminister Darowski, ihr Rücktrittsgesuch ein. Der Ministerpräsident begab sich zum Belvedere und empfing später Vertreter einiger Parteien. Im Laufe des heutigen Tages wird Grabski die Meinung der Sejm-Parteien einholen, so daß die Lösung der Frage der Kabinetts-umgestaltung erst morgen zu erwarten ist. Der Abgeordnete Stanislaw Zugut, dem der Ministerpräsident Mitarbeit in der Regierung antrug, wurde vom Premier am späten Abend empfangen und bat ihn um Beistand bis morgen. Dann will er bezüglich der Mitarbeit und des Charakters dieser Mitarbeit seine Antwort geben.

Juni zeigt bei 112,186 Millionen Einfuhr und nur 89,515 Millionen Ausfuhr einen Überschuf der Einfuhr, also ein Passivum von etwa 22 Millionen. Auch in den nachfolgenden Monaten ist dieses Passivum bestehen geblieben. Die Krise in der gesamten Wirtschaft hat also ihre bittere Wirkung in der Außenhandelsbilanz. Es läßt sich nicht leugnen, daß bei einer Fortdauer der Krise, und weiterer passiver Handelsbilanz die junge polnische Währung Gefahren ausgesetzt ist, die darin bestehen, daß die Bank Polaki zu Spekulationsaktionen eventuell gezwungen sein könnte, aus ihrem Bestand Devisen herzugeben. Die Bank von Danzig hat ähnliche Anstürme gehabt. Sie hat sie, dank einer Deckung von etwa 103 Prozent spielend überwunden. Aber das Danziger Budget ist dermaßen gesund, daß der Finanzminister selber zur Herabsetzung von Steuern überreden konnte. Die Lage in Polen ist bei weitem belästeter. Alles hängt davon ab, ob es gelingen werde, die Krise in den nächsten Monaten zu beschwören. Leider sieht es vorerst nicht danach aus, als ob eine Besserung zu erwarten wäre. Zieht man diese Umstände und die Wichtigkeit der Krise auf den Gesamtkomplex des politischen, finanziellen und Wirtschaftslebens in Betracht, so muß man doch sagen, daß Herr Grabski erstaunlich wenig von dieser Lage gesprochen hat. Dauert die Krise, wie es den Anschein hat, weiter an, so muß auch die Steuerkraft noch mehr als bisher leiden, und es wird zweifelhaft, ob der Minister wirklich imstande ist, einen Steuerbetrag im nächsten Jahre zu erzielen, der nicht nur dem dieses Jahres gleichkommt, sondern ihn noch übertrifft. Denn der Vorschlag des nächsten Jahres beträgt 1981 Millionen, er ist also um 15 oder, je nachdem man rechnet, um noch mehr Prozent höher als der Vorschlag von 1924. Wenn man das Urteil zusammenfaßt, so muß man sagen, daß Herr Grabski mit vollem Recht die augenblickliche finanzielle Lage des Staates und infolgedessen auch die

## Sicherheit des Zloty

mit recht schönen Farben malt, daß er aber viel zu wenig die Krise in Betracht zieht, ein Fehler, den er übrigens bei fast allen seinen Reden zeigt. Und diese Krise ist es gerade, die für das nächste Jahr vielleicht einen empfindlichen Pessimismus, jedenfalls nicht den Optimismus rechtfertigt, den Herr Grabski an den Tag legt. Immerhin ist es möglich. Aber wie gesagt, es ist immerhin möglich, daß ein außergewöhnliches Ergebnis des Spiritusvotums das Budget wieder ins gleiche bringt, daß Polen also fogusagen seine Finanzen „gesund kauft“.

## Die Debatte zum Gyrosé Grabskis

wurde eingeleitet mit einer großen Rede des Nationaldemokraten Glabinski, in der eine Reihe von Einwänden und Darlegungen machte, die wir bereits ebenfalls in unserer Besprechung der Staatsrede des Ministerpräsidenten ausgeführt hatten. Er behauptete, daß der Vorschlag einige Einzelheiten enthält, daß der Vorschlag mit außergewöhnlichen Ausgaben in der Höhe von 545 Millionen rechnet und daß deshalb der gesamte Vorschlag reichlich optimistisch sei. Auch sagt Glabinski, daß es nicht anginge nachzurechnen, in Polen zähle man bei weitem weniger Steuern wie in den anderen Ländern, denn man müsse in Betracht ziehen, daß Polen auch die Belastung der Monopole zu tragen habe und daß das Einkommen in Polen nicht die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens eines Bürgers in Deutschland und noch weniger in anderen Staaten betrage. Aberhaupt ließen sich die Ausgaben nicht im Voraus genau umschreiben, da man mit der Taxierung zu rechnen habe. Die Handelsbilanz sei in der letzten Zeit dauernd passiv, und leider seien genaue Ziffern in der letzten Zeit von der Regierung bezüglich der Außenhandelsbilanz nicht mehr gegeben worden, was die Unruhe vergrößere. Mit Sorge spricht Glabinski von der herrschenden Arbeitslosigkeit, er verneint bei der Wirtschaftskrise und sieht in dem Umstand, daß die Sparfähigkeit des Volkes im Vergleich zur Zeit vor dem Kriege so stark zurückgegangen ist, ein Zeichen dafür, daß das Volk kein Vertrauen zu den Sparanstalten habe, was übrigens unserer Ansicht nach nur zu dem Teil richtig ist, da die Periode der unerbörten Inflation naturgemäß die Sparfähigkeit lähmte.

Er erhebt den Vorwurf gegen Strahski, daß er ohne ein Wort der Entgegnung den Vorwurf des englischen Vertreters im Völkerbund hingenommen habe, daß die Entscheidung über Oberschlesien ungerecht erfolgt sei. Dann erklärt er die von Strahski beabsichtigte Einsetzung einer gleichmäßig aus Deutschen und Polen bestehenden gemischten Kommission in Sachen der polnischen Staatsbürgererschaft, getrennt dem Programm der Chauvinisten für eine noch schlimmere Affäre, aber hierfür sei nicht nur der Außenminister, sondern die gesamte Regierung verantwortlich zu machen. Die von der Regierung in den Ostprovinzen eingeführte Reformen seien sehr unglücklich, und sie hätten nicht an den dort so nötigen Schutz der polnischen Bevölkerung. Das ist also die Art, in der im Lager der Nationaldemokraten die Sprachen- und Schulgesetze für den Osten aufgeführt werden, die in den Kreisen der Ukrainer und Weißrussen wegen ihrer Ungünstigkeit einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen hatten.

Die internationale Lage sei derart, daß Polen sich unbedingt im Innern konsolidieren müsse. (Hier sind wir durchaus mit Herrn Glabinski einverstanden. Zu dieser Konsolidierung gehört aber auch die Gewinnung der freien Mitarbeit der Minderheiten, die bei den Deutschen vor allem, sehr erschwert wird durch die zahllosen Ungerechtigkeiten, die sie bisher zu erdulden hatten. Die deutsche Bevölkerung Polens dürfte geradezu danach, gemeinschaftlich am Wohle des Staates arbeiten zu können. Der polnische Staat möge den Deutschen die Möglichkeit geben, und er wird selbst die reichsten Früchte davon ernten!) Deutschland habe den Damesplan angenommen. Und das nicht nur deshalb, um die 300 Millionen Anleihe zu erhalten, sondern — um endlich das Ruhrgebiet zu befreien wird Herr Glabinski sagen? Nein, das sagt er nicht; er phantasiert, es sei darum geschehen, um weniger Schulden zu haben als Frankreich! Wenn Polen mit Deutschland einen Handelsvertrag abschließen, so habe es mit einem wirtschaftlich bei weitem stärkeren Partner zu tun. Die Beziehungen des Nationalen Volksverbandes zu der Regierung seien nicht allzu glänzend. Man wolle mit der Regierung die Verantwortung nicht tragen. Aber weil wir selbst eine parlamentarische Regierung nicht bilden können, so nehmen wir gegenüber der Regierung eine abwartende Haltung ein! Damit schloß Herr Glabinski.

Zulawski von den Sozialisten sagt, Grabski habe gänzlich über seine wirtschaftlichen Darlegungen die politische Lage vergessen, die doch von größter Wichtigkeit sei. Er sieht das einzige Mittel zur Lösung in der Auflösung des Sejm und in der Wahl einer arbeitsfähigen anderen Kammer. Dann geht er auf die wirtschaftliche Lage ein. Die Erniedrigung der Kohlenpreise lasse immer noch einen großen Gewinn zu, und die Berechnung der Industriellen, wonach sie Verluste bei den jetzigen Kohlenpreisen hätten, sei durchaus falsch. Die Arbeiterlöhne betrugen durchschnittlich nur 75 Zloty im Monat! Dabei macht die Taxierung stets weitere Fortschritte, sie beträgt jetzt 14 Prozent. Auch gegenüber den Minderheiten befindet sich die Regierung auf dem falschen Wege, denn es ist eine Verfügung erlassen worden, daß ein Mittelsler nicht nur seine polnische Staatsbürgererschaft nachweisen muß, sondern, daß er auch noch angeben muß, zu welcher Nationalität er gehört. Jedes Volk habe ein Recht auf Selbstbestimmung, und so lange bis die Ukrainer und Weißrussen nicht eine eigene Regierung haben, müssen wir ihnen eine möglichst weitgehende Autonomie verleißen. Die Nähe an den Ozeanen kann man nur erwidern, wenn Polen mit den Ukrainern und Weißrussen in Frieden leben. Die Rede des Ministers Strahski, die den Weg des internationalen Friedens weise, sei deshalb weise und vernünftig.

auf Seite 17 und 18 der Anl. II), 179 Kinder in bestehende deutsche Nachbarschulen (Vorschläge 2, 3, 11, 18, 27, 32, 43 auf Seite 11—18, Anl. II), 562 Kinder in 12 neu zu gründenden öffentlichen Sammelschulen (Vorschläge 1—12 auf Seite 19—21) untergebracht werden. Es blieben also nur noch 8 deutsche Kinder übrig, die aus Ungenauigkeiten der geographischen Verhältnisse eine Schule nicht haben und für die die Eltern in anderer Weise sorgen müßten.

Im Kreise Graudenz könnten von den 765 in polnische Schulen gehenden deutschen Kindern untergebracht werden in zu gründenden Privatschulen 98 Kinder nach den Vorschlägen 7, 17 und 21 auf Seite 14 und 15 der Anl. III, 138 Kinder in bestehenden deutschen Schulen bzw. Klassen nach den Vorschlägen 1, 5, 8, 15, 20, 28, 29 und 42 auf Seite 13—18 der Anl. III, 435 in neu zu bildenden Sammelschulen nach den Vorschlägen 3, 10, 24, 33, 34, 38 und 41 auf Seite 13—18 der Anl. III. Nur 94 Kinder würden dann übrig bleiben, für deren Unterricht die Eltern in anderer Weise Sorge tragen müßten. Ähnlich würden sich die Schulverhältnisse in allen anderen Kreisen Posen und Pommerellen regeln lassen.

Wir bitten darum den Herrn Unterrichtsminister, unsere darauf bezüglichen Vorschläge zu prüfen und die Schulverwaltungsorgane der beiden Wojewodschaften anzuweisen, im Sinne dieser Vorschläge zu verfahren, um die Kinder deutscher Nationalität in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache zu bringen. Es wird sich in der Praxis darum handeln, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Die jetzt in polnische Schulen gehenden deutschen Kinder sind in deutschen Nachbarschulen unterzubringen, wo Schulwege von 4 Kilometern oder weniger ohne weiteres gestattet oder wo die deutschen Eltern mit einem weiteren Schulwege einverstanden sind. Hierbei ist zu bemerken, daß die Länge der Schulwege in der Praxis soviel schon jetzt eine absolute bestimmende Rolle spielt, weil bei dem jetzigen Stande schon eine Menge deutscher Kinder vorhanden ist, welche 5 bis 6 Kilometer zu gehen haben, und zwar zum Teil in polnische Schulen.

2. Überall da, wo unterrichtlich nicht benutzte Schulgebäude oder Klassenzimmer vorhanden sind, müssen die Kinder, die in polnische Schulen gehen, zu deutschen öffentlichen Sammelschulen zusammengelegt werden.

3. Dort, wo eine öffentliche Sammelschule mit 40 Kindern nicht zureichend gebracht werden kann, muß die Einrichtung einer privaten Sammelschule dadurch erleichtert werden, daß das Schulgebäude oder eine unbenutzte Klasse als Unterrichtsraum zur Verfügung gestellt wird.

4. In den Fällen, wo in Zukunft ein deutscher Unterrichtsbetrieb beim Sinken der Kinderzahl unter 40 eingestellt wird, muß von vornherein die Unterbringung nach dem Prinzip der nation-



nenal Erziehung erfolgen, statt das wie bisher die Einschulung in polnische Schulen bevorzugt wird.

5. Vor allen Dingen ist aber darauf zu achten, daß die deutschen Unterrichtsbetriebe dann erst eingestellt werden, wenn die Voraussetzungen der Verfügung des Posener Teilministeriums vom 10. 8. 20 wirklich zutreffen. In dieser Verfügung ist nämlich festgelegt, daß die Aufrechterhaltung einer Schule erst dann aufhören solle, wenn die Kinderzahl zwei Jahre hintereinander dauernd unter 40 sinke. In den allermeisten Fällen ist in der bisherigen Praxis der deutsche Unterrichtsbetrieb aber schon sofort nach dem erstmaligen Sinken der Kinderzahl unter 40 eingestellt worden, wie gerade der Abbau im eben begonnenen Schuljahr beweist. Das muß in Zukunft aufhören.

Durch Innehaltung dieser Grundsätze würde der in der Verfügung und den internationalen Verträgen garantierte Minderheitenanspruch zu seinem Rechte kommen und die Verfügung des Pos. Teilministeriums vom 10. 8. 20, die für die Praxis der Verhältnisse heute als Ausgangspunkt gilt, erfüllt werden. Als wichtigster Grundpfeiler dieser Verfügung ist das Prinzip der nationalen Trennung aufgestellt, das bei der jetzigen Praxis leider völlig außer acht gelassen wird.

Im Hinblick auf diesen Grundsatz ist klar, daß die deutschen Kinder katholischer Konfession entweder zu deutschen katholischen Klassen oder Schulen zusammengelegt oder aber in deutschen evangelischen Schulen untergebracht werden müssen. In der Praxis herrscht aber bisher das Gegenteil, katholische Kinder deutscher Nationalität in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache unterzubringen.

Die Unterbringung der deutschen Kinder im Sinne der von uns unterbreiteten Vorschläge muß natürlich auch eine Zusammenlegung der Eltern, deren Kinder in eine deutsche Schule gehen, zu einer deutschen Schulgemeinde nach sich ziehen. Gegenwärtig ist in der Praxis folgendes zu beobachten: Wenn die Schulbehörde deutsche Kinder für den Besuch einer polnischen Schule bestimmt, so schlägt sie deren Eltern auch sofort der polnischen amtlichen katholischen Schulgemeinde zu; bestimmt sie aber deutsche Kinder eines evangelischen deutschen Unterrichtsbetriebes für eine deutsche Nachbarschule, so schlägt sie die Eltern dieser Kinder trotzdem nicht zu der betreffenden Schulgemeinde. Dieser Zustand besteht unter vielen anderen bei den Eltern von 28 deutschen Kindern aus Tschin, Kreis Wargha, bei den Eltern von 18 deutschen Kindern aus Wawelno, Kreis Wargha, bei den Eltern von 8 Kindern aus Jozefinski, Kreis Wargha. Es kann billigerweise nicht verlangt werden, daß die deutschen Eltern ihr Geld für eine Schule hergeben, in die sie ihre Kinder gar nicht schicken.

Wir fordern entsprechend der nationalen Trennung der Unterrichtsbetriebe auch die nationale Trennung der Schulgemeinden und der Schulunterhaltung. Es ist außerdem sinngemäß und recht und billig, wenn die deutschen Eltern, die eine private Volksschule unterhalten und den Lehrer selbst bestellen, von der Tragung öffentlicher Schullasten befreit werden.

Wir fragen daher die Regierung und den Herrn Unterrichtsminister an:

a) Ob er gewillt ist, die Grundsätze der Verfügung, des Vertrages der alliierten Mächte mit Polen vom 28. Juni 1918 über Minderheitenrechte und die grundlegenden Bestimmungen der Verfügung des Posener Teilministeriums vom 10. 8. 20 über nationale Trennung der Schulen zur Durchführung zu bringen dadurch, daß er anordnet:

1. daß deutsche Kinder, die jetzt in polnische Schulen gehen, in bestehende deutsche Nachbarschulen oder Klassen untergebracht werden, wo die üblichen Schulwege es ohne weiteres möglich machen, oder, wo die Eltern mit größeren Schulwegen einverstanden sind;

2. daß in unterrichtlich unbenutzten Schulhäusern neue deutsche Sammelklassen für Kinder, die jetzt polnische Schulen besuchen, eingerichtet werden;

3. daß überall da, wo die Eltern eine private Volksschule einzurichten wünschen, ein nicht für den Unterricht benutztes Schulhaus bzw. ein Klassenzimmer zur Verfügung gestellt werde;

4. daß jetzt noch bestehende deutsche Unterrichtsbetriebe erst dann eingestellt werden, wenn die Kinderzahl 2 Jahre hintereinander unter 40 gesunken ist;

5. daß in Zukunft Kinder wirklich zu Recht eingestellter Schulbetriebe nicht polnischen Schulen zugeteilt werden;

6. daß die deutschen Eltern, deren Kinder jetzt in deutsche Schulen gehen, auch überall den betreffenden deutschen Schulgemeinden zugesprochen werden, so daß sie eine Schullast für die Unterhaltung einer Schule zu tragen haben, in die ihre Kinder gar nicht gehen;

7. daß in Zukunft die Neubildung von Schulgemeinden nur auf nationaler Grundlage erfolge;

8. daß insbesondere auch die katholischen Kinder deutscher Nationalität deutschen Schulen und die katholischen Schüler deutscher Nationalität deutschen Schulverbänden zugesprochen werden;

9. daß die deutschen Eltern, die eine private Volksschule unterhalten, von öffentlichen Schullasten entbunden werden;

b) ob sie bereit ist, für die Prüfung und Durchführung dieser Beschlüsse und Vorschläge Vertreter der deutschen Minderheit hinzuzuziehen.

Warschau, den 22. Oktober 1924. Die Interpellanten.

## Die Verhandlungen mit Deutschland.

In dieser Woche sollten die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland beginnen. Da jedoch der deutsche Bevollmächtigte von Stachammer an Augenentzündung erkrankt ist, wurde der Termin für den Beginn der Verhandlungen verlegt und steht noch nicht fest. Man weiß noch nicht, ob die deutsche Regierung einen anderen Bevollmächtigten bestimmen wird.

## Republik Polen.

Von der P. P. S.

Die polnische Sozialistenpartei, die bei der letzten Sejmabstimmung für die Regierung Grabski stimmte, vertritt jetzt in der Presse eine Erklärung. Die Sozialistenpartei hält eine sachliche Opposition weiterhin aufrecht und verlangt eine Umgestaltung des Kabinetts. Bemerkenswert aber, daß eine Regierungskrise jetzt die schwierige Wirtschaftslage steigern würde. Die Partei verlangt ferner Änderung des Sejm und Neuwahlen auf Grund der bisherigen Wahlordnung.

## Eine neue Partei.

Vier Abgeordnete, die aus der „Wyzwolenie“ ausgestiegen sind: A. Boni, S. Wolenski, A. Szabel und J. Holowacz, haben eine selbständige Gruppe gebildet, die sich „unabhängige Bauernpartei“ nennt und die Abkürzung „N. P. Ch.“ (niezależna partja chlopska) trägt. Die Weißrussen Szatan und Baun sollen sich ihr angeschlossen haben.

## Seipel bleibt.

### Aussicht auf Beilegung des Streites.

Die Verhandlungen zwischen Streikenden und dem Bundesauschuss sind heute aufgenommen worden. Die Christlichsozialen haben den ersten Schritt getan. Der Vertreter der Organisationen, Dr. Günther, war zu Verhandlungen bereit. Die Beratungen zu den neuen Vorschlägen dauern noch an und haben bei Abfassung dieses Berichtes noch Aussicht auf Erfolg. Die Sitzung des Rates verlief gestern ruhig und vorantreibend. Die Debatte

# Die Programmrede des Ministerpräsidenten Baldwin

Der englische Premierminister Baldwin hielt gestern auf dem Lordmayor-Bankett die erste große politische Programmrede. Er sprach dabei über englische innen- und außenpolitische Aufgaben. Das Programm behandelte, um es kurz zu sagen, den Friedensvertrag, das Londoner Protokoll, die Beziehungen Englands zu Deutschland, die Mosfufage, die Lage in China und Indien.

Als Hauptthemen zur auswärtigen Politik bezeichnete Baldwin Stabilität und Kontinuität; an den Friedensverträgen wird nicht gerüttelt, und die guten Beziehungen zu allen Ländern werden auf dieser Basis gepflegt werden. Bei dieser Gelegenheit erwähnte der Premierminister dankbar die Verdienste Mac Donaldis um die Londoner Konferenz und sicherte Herriot Unterstützung seiner Politik durch die britische Regierung zu.

Was Deutschland betrifft, so ist Baldwin überzeugt, daß das Londoner Abkommen zu einem Faktor des europäischen Friedens und der Stabilität werden werde, sofern das deutsche Volk das seine dazu beitrage. Die Regierung ist davon überzeugt, daß die Entlassung Deutschlands sich reibungslos ihrem letzten Stadium nähert.

Dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund steht auch die Regierung Baldwin durchaus sympathisch gegenüber, trotz des Erstaunens bei den Teilnehmern des Festes.

Die Londoner Konferenz habe den bedeutungsvollen Wiedereintritt der Vereinigten Staaten in die europäische Politik gebracht.

Das Londoner Protokoll sei auf dem besten Wege zur Ausführung. Die verschiedenen Organisationen, die im Dames-Bericht geplant worden seien, seien geschaffen worden, und die Verwaltung der verschiedenen Unterphären (gemeint ist das Rheinland) sei inzwischen an Deutschland zurückgegeben worden.

Die gemischten Kommissionen seien ernannt worden, um Streitigkeiten zu schlichten. Die fiskalische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sei im Sinne des Londoner Abkommens wieder hergestellt, und praktisch sei die Gesamtheit der besonderen Verordnungen der Rheinlandkommission, die in der Verfolgung der Pfänderpolitik erlassen worden waren, hinweggesetzt worden. Es bleibe nur noch die Servollständigung der Übergabe der Rheinlandbahnen an die deutschen Behörden. Diese Aufgabe würde vor dem vorgeschriebenen Datum beendet werden.

Das türkische Problem wird im wesentlichen Aufgabe des Völkerbundes sein; der Hebräer wird sich selbst überlassen. Die Regierung erklärt sich an der Lösung der religiösen Streitigkeiten der Mohammedaner desinteressiert, eine Mitteilung, die allerdings erst noch einer genaueren Prüfung bedarf.

Der Premierminister hielt es nicht für angebracht, über Rußland und Ägypten zu sprechen. Auch jagte er nichts über die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

## Englands Beziehungen zu den anderen Nationen.

Über die Beziehungen Englands zu den anderen Nationen sprach gestern nach Baldwin der englische Außenminister Chamberlain. Bei seinen längeren Ausführungen sagte er unter anderem folgendes:

Der erste Gedanke jedes Engländers, der mit dem Amte des Außenministers betraut würde, wäre, nicht nur im Namen Großbritanniens, sondern auch im Namen der englischen Dominions, jenseits des Meeres zu sprechen. Jeder halte es für seine Pflicht, in Wort und Tat die Einheit zu wahren. Das Ziel jedes

wurde auf Donnerstag verlegt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Seipel mit seinem Kabinett wieder in das Amt gewählt wird. Der Hauptanstoß hat beschlossen, Seipel mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen. Seipel hat die Befähigung angenommen, und erklärt, daß er über die Auswahl der Minister nicht im Zweifel sei. Er mache jedoch die endgültige Annahme davon abhängig, daß die Sanierung der Finanzen gewährleistet werde und nicht durch Sabotageakte zum Zusammenbruch kommt.

## Der Streit in Oesterreich beigelegt.

Wien, 13. November. (Pat.) Soeben meldet die polnische Telegraphenagentur, daß der so bedeutungsvolle Eisenbahnstreik, der Oesterreich betroffen hat, daß sogar das Kabinett Seipel demissionierte, nunmehr beigelegt worden ist.

## Deutsches Reich.

### Totenfeier für Hans Thoma.

In Karlsruhe fand am 10. November in der Kapelle des Hauptfriedhofes eine Totenfeier für den verstorbenen großen deutschen Maler Hans Thoma statt. An dieser Feier nahmen die Reichs- und Landesregierung, die Stadtverwaltung und alle öffentlichen Körperschaften des Landes teil. Unter den Trauergästen befanden sich u. a. Herr v. Engelberg als Vertreter des früheren Großherzogs, Geheimrat Kai Juki aus Berlin, Prof. Schö, einer der ältesten Mitarbeiter Hans Thomass in der Grob-, Majolika- und Keramik, Vertreter seiner Heimat Bernau, der Rektor der Universität Heidelberg mit den Deputierten der philosophischen und theologischen Fakultät, deren Ehren doktor Hans Thoma war.

Auf den besonderen Wunsch der Familie, die den letzten Willen des Heimgegangenen um eine stille Feier gewürdigt wissen wollte, unterblieben alle offiziellen Neben, auch eine offizielle Kranzniederlegung unterblieb.

## Schweres Autounglück.

In Bisternof (Westfalen) ereignete sich ein schweres Autounglück. Beim Überholen eines Lastautos und beim Ausweichen vor einem Radler brach der Führer eines Personautos in der Gegend von Smerlede zu stark, wodurch das Auto zweimal um seine eigene Achse geschleudert und zertrümmert wurde. Alle Insassen — eine vierköpfige Familie — wurden hinausgeschleudert. Der das Auto führende Sohn war sofort tot, der Vater starb eine Viertelstunde später. Die Mutter ist schwer verletzt, die Tochter leicht. Die Toten sowie die Verletzten sind in das Krankenhaus nach Erwitte gebracht worden.

## In kurzen Worten.

Unter Vorsitz von Professor Brahn werden am Sonnabend im Reichsgerichtsmuseum neue Verhandlungen der Organisationsvertreter zur Beilegung des Konfliktes im Buchdruckgewerbe stattfinden.

Der auf Grund des Vorschlages des Industries- und Handelsrates als Sachverständiger für die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen ernannte Präsident der Mannheimer Handelskammer Penel ist in Paris eingetroffen.

„New York Herald“ meldet, daß „Z. R. III“ am 13. November einen Probeflug unternommen wird.

Weim Jubiläum der Christlichen Gewerkschaften in München-Gladbach erklärte der bekannte Zentrumsführer Stegengrad, daß sich der Deutsche Gewerkschaftsbund niemals auf den Boden des Achtstundentages gestellt habe; ebenso entschieden

englischen Staatsmannes des englischen Reiches bestehe darin, für Wahrung des Friedens zu sorgen. „Wie wir von anderen Nationen Achtung unserer nationalen Würde erwarten, so werden auch wir die nationale Würde der anderen stets achten. Wie wir von ihnen wohlwollendes Verständnis und Berücksichtigung unserer Interessen und Gefühle erhoffen, so werden wir uns bemühen, Sympathien in Würdigung ihrer Eigenart entgegenzubringen. In diesem Geiste werden wir mit allen Nationen verfahren. Für unsere Verbündeten, an deren Seite wir in dem großen Kriege gekämpft haben, hegen wir natürlich noch ein tieferes Gefühl, mit ihnen verbindet uns eine enge Freundschaft. Wir freuen uns, daß unter der unschätzbaren Mitwirkung der Vereinigten Staaten einige der größten Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt wurden und vertrauen darauf, daß uns ihre Hilfe, in welcher Form sie auch immer dem Präsidenten und dem Staat der Vereinigten Staaten zweckmäßig erscheinen mag, bei der Lösung der kommenden Aufgaben nicht vorenthalten bleiben wird. Wir vernehmen weiter über seinen bisherigen Leistungen auch die ungeheuren Zukunftsmöglichkeiten des Völkerbundes nicht, wenn er weise und klug geleitet wird.“

## Briefbestimmen zur Rede Baldwins.

Die „Morning Post“ sagt zur gestrigen Rede Baldwins, soweit sie sich auf die Friedensverträge bezieht:

„Wir hoffen, daß man jenseits des Rheins auf diese deutlichen Worte hören und sie sich zu Gemüte führen wird, und daß wir nichts mehr von einer Vorbereitung diplomatischer Schritte durch Berlin hören werden,“ die bezwecken, Deutschland von seiner Kriegsschuld freizusprechen und damit den Weg für eine Sabotage der Verträge von 1919 vorbereiten.“

Zu Chamberlains Worten meint dieselbe Zeitung, wenn man daraus folgern dürfte, daß Chamberlain sich entschließen wolle, die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages zum Angelpunkt seiner Außenpolitik zu machen, hat England zu unklaren Träumen und gefährlichen Verbrüderungen zu veranlassen, so dürfte man endlich die Rückkehr des wahren Friedens in Europa erhoffen.

## Eine französische Briefbestimme.

Im „Echo de Paris“ schreibt Bertinag: „Baldwin und Chamberlain beginnen ihre Regierungstätigkeit damit, daß sie auf der Aktivseite des britischen Reiches große Resultate eintragen, die im letzten Sommer durch die Kapitulation der französischen Regierung erreicht wurden. Haben wir aber dafür von Mac Donal Gegenleistungen erhalten, Ratifizierung des Genfer Protokolls um? Das vollkommene Stillstehen über diesen Punkt ist sehr bedenklich. Andererseits zeigt die Betonung des englischen Zusammenarbeitens mit den Vereinigten Staaten deutlich genug, daß England eine durchaus unabhängige Haltung und eine neue, rein äußerliche Evolution gegenüber dem Völkerbunde einschlagen wolle. Bertinag weist dann darauf hin, daß er diese Haltung der neuen englischen Regierung bereits vorausgesagt habe und daß er keinerlei Tränen deswegen vergießen werde. Es sei bereits ein großer Fortschritt, wenn man höre, daß Baldwin und Chamberlain wiederholt betonten, daß ihre Politik auf den Friedensverträgen beruhe, was viel beruhigender sei als alle die verfluchten Angriffe Mac Donaldis gegen die europäische Ordnung, die aus dem Siege der Alliierten hervorgegangen sei.“

lehne er aber den mechanischen Reum- oder Zehnstundenarbeitstag ab.

Die ungarische Polizei ist einer großangelegten Verfolgung gegen das Leben des Reichsverwesers Horthy auf die Spur gekommen. Die Fäden des anarchistischen Attentats führen nach Osterreich.

## Letzte Meldungen.

### Die Kabinettsumbildung.

Der „Kurjer Poranny“ meldet, daß Ministerpräsident Grabski dem Abgeordneten Thugnot den Posten des Vizepräsidenten des Kabinetts vorgeschlagen hat. Thugnot hat um 24 Stunden Bedenkzeit. Das genannte Blatt nennt als Kandidaten auf den Justizministerposten den Professor Rakaczewicz, dessen Kandidatur jedoch gescheitert ist. Im Zusammenhang mit dem Posten des Arbeitsministers wird Szolai, als Kandidat für den Innenministerposten werden u. a. Rakaczewicz, Wilski und Rakaznica genannt, doch sind diese Nachrichten verflücht.

### Seipels neues Kabinett.

Dr. Seipel, der von der Hauptkommission zum Kanzler designiert wurde, führte den ganzen Mittwoch über vertrauliche Verhandlungen mit Vertretern der einzelnen Parteien. In der heutigen Sitzung der Hauptkommission wird Dr. Seipel wahrscheinlich das neue Kabinett vorstellen.

### Beginn der Arbeit.

Das Kabinett Baldwin hielt am Mittwoch seine erste Sitzung ab. Es wurden die Direktiven der allgemeinen Politik besprochen, die in der Königsbotschaft an das Parlament enthalten sein werden. Baldwin hat sein Kabinett durch die Ernennung Reils zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und Dulsas zum Unterstaatssekretär des Kriegsamtes vervollständigt.

### Streik.

Der Ausfall der Angestellten der Untergrundbahn in Berlin dauert fort. Da die Direktion das Urteil des Schiedsgerichts als gültig für beide Seiten ansieht, wird es einwilligen zu einer Verständigung wahrscheinlich nicht kommen. Der Ausfall der Angestellten der Untergrundbahn wird, wie man voraussehen kann, der Aufsatz zu einer Reihe von Ausfällen in öffentlichen Anstalten sein. Schon jetzt wird ein Streik der Gaswerksarbeiter angekündigt. Auch ein Metallarbeiterstreik ist in Vorbereitung.

### Um den Handelsvertrag mit Litauen.

Das Handelsdepartement in Romno hielt am Mittwoch Konferenzen mit Vertretern litauischer und Memeler Wirtschaftskreise über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Litauen und Estland ab. Die litauischen Kaufleute erklärten sich gegen die Position mit den Westbalkan. Die Vertreter des Memeler Bezirks sollen sich gleichfalls so ausgesprochen haben.

### Baldwin und Herriot.

Das erste Zusammentreffen Baldwins mit Herriot wird vor der Alliiertenkonferenz stattfinden, die für Ende Dezember angesagt ist. Auf dieser Konferenz wird die Frage der Räumung der Kölner Zone durch die englischen Truppen besprochen werden. In einigen englischen Blättern findet sich die Nachricht, daß der Schwerpunkt der englisch-französischen Beziehungen sich von den Reparationsfragen auf die Fragen des nahen und fernen Ostens verchiebe.

Sonntag den 16. November letzter Tag 2/2, 4/2, 6/2 und 8/2 „Quo Vadis“. Kino Apollo.



Heute früh entschlief nach schwerem Leiden der  
**Kaufmann Michaelis Tausch**  
 im Alter von 72 Jahren.  
 Obornik, den 12. November 1924.  
**Die Hinterbliebenen**  
 Beuthen (Niedererschlesien) — Berlin.  
 Die Beerdigung findet Sonntag vormittag 11 Uhr hierorts statt.

für die liebevollen Beweise herzlicher  
 Teilnahme und die vielen Kranzspenden beim  
 Hinscheiden meiner innigstgeliebten Mutter  
 sage ich allen, insbesondere Herrn Pastor  
 Brummad für die trostreichen Worte und der  
 Schwester Luci Schulz für die hingebungs-  
 volle Pflege  
**herzlichen Dank.**  
 Gertrud Anders  
 als Tochter namensaller  
 Hinterbliebenen.

Die weltberühmten „Loma“  
**Kartoffeldämpf- und**  
**Lupinenentbitterungs-**  
**Anlagen**  
 offeriert als Alleinvertröter für Polen  
**Woldemar Günter,**  
 Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel  
 Fette u. Öle.  
 POZNAN, ul. Sew. Mielżyńskiego 6.  
 Tel. 52-25.

**Maßanfertigung**  
**und Reparaturen**  
 von  
**Herren-Garderobe**  
 in sauberer Ausführung zu  
 soliden Preisen übernimmt  
**Franz Witt,**  
 Schneidermeister,  
 Poznań, ul. Półmiejaska 4 III.

**Aug. Hoffmann**  
**Baumschulen Gniezno**  
 empfiehlt  
 zur Herbstpflanzung alle Arten Obst- und Allee-  
 bäume, auch Aprikosen u. Pfirsich, Frucht- und Zier-  
 sträucher, Heckenpflanzen u. a., sowie sämtliche Artikel  
 für den Gartenbau.  
 Preis und Sortenverzeichnis wird auf Wunsch frei zugestellt.  
**Dampfjägewerk**  
 und Baugeschäft im Gebiet der Abholzung (Nonnenfranz)  
 Kleinf. Wägen, in geg. gute Existenz drüber zu verkaufen  
 oder zu verpachten.  
 Angebote unt. A. 852 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Trockene Aiefern-Aloben**  
 verkauft per Wagon bei Obornik.  
**Aiefern-Schwellen**  
 1,80 m 4seitig bearbeitet 15/20 cm. stark  
 1,50 m 2seitig bearbeitet 14/18 cm. stark  
 1,20 m 2seitig bearbeitet 12/14 cm. stark  
 verkauft per Wagon Alosowice bei Sieraków.  
 Holzgeschäft G. Wille, Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6.

**Lupinen-Entbitterungs-**  
**und Trockenapparate,**  
 erstere eigener Konstruktion, vom Patentamt  
 der Republik Polen unter Nr. P. 14817 ge-  
 schütz. zum Anschluß an Brenne-  
 reien oder jeden anderen Fabrikbe-  
 trieb, kurzfristig lieferbar,  
 empfiehlt  
**Oborniker Apparat-Bauanstalt**  
 H. Rauhdt, Obornik, Tel. Nr. 17.

**Wollgarne**  
 für alle Artikel  
 Besonders  
 empfehle ich  
 meine bekann-  
 ten Qualitäten  
**Strumpf- und**  
**Socken-Wolle**  
**Jumper- und**  
**Westen-Wolle**  
 Stick-, Zier- und  
 Schmuckwolle  
 Wolle für  
 Baby-Artikel  
 Grösste Auswahl  
 Anerkannt  
 billige Preise  
**S. Kalamajski**  
 Kaufhäuser  
 Poznań Toruń

**Wollene**  
**Damen-**  
**Jacken**  
**Besten**  
**Kostüme**  
**Aleider**  
**Jumper**  
**Wollene**  
**Kinder-**  
**Aleider**  
**Sweater**  
**Mützen**  
**S. KACZMAREK,**  
 POZNAN, ul. 27. Grudnia 20.

**Landwirtschaft**  
 arondiert, 98 Morgen Auen-  
 und Weizenboden, 2 km von  
 Bahnstation, Pflasterweg, In-  
 v. n. r. komp. u. gegen eine  
 gleiche in Deutschland sofort zu  
 verkaufen, eventuell zu ver-  
 pachten. Schule am Orte, Kirche  
 im Nachbarort. Off. unt. 962  
 an d. Geschäftsstelle dieses Bl.  
 erbieten.

**Kinderloses Ehepaar**  
 sucht von sofort 1 bis 2 mö-  
 blierte Zimmer, möglichst  
 mit Küchenbenutzung. Offerten  
 unt. G. 1019 an die Geschäfts-  
 stelle dieses Blattes erbieten.  
**Schön möbliertes**  
**Zimmer**, mit Zentralheizung  
 und elektr. Beleuchtung, zu ver-  
 mieten Niegoleskich 121. G.  
**Andacht in den**  
**Gemeinde-Synagogen.**  
**Synagoge A**  
 Wolnica.  
 Freitag, abends 4 1/2 Uhr  
 Sonnabend, morgens 7 1/2 Uhr  
 vormittags 10 Uhr  
 nachm. 4 1/2 Uhr mit Zu-  
 gendandacht und Predigt.  
**Sabbatansang** 4 Uhr 16 Min.  
**Wertf. gl.** morgens 7 Uhr  
 mit anschließendem Gehe-  
 vortrag.  
 abends 4 1/2 Uhr.  
**Synagoge B**  
 (Israel. Brüdergemeinde).  
 Ulica Dominikańska.  
 Freitag abends 4 1/2 Uhr  
 Sonnabend vormittags 10 Uhr.

Es ist jetzt der geeignete Zeitpunkt, den Ackerböden  
**Phosphorsäure**  
 in Form von  
**Thomasphosphatmehl**  
 zuzuführen.  
**Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft**  
 T. Z. O. P. Poznań.

**Obwieszczenie.**  
 W rejestrze spółdzielni zapisano dzisiaj przy nr.  
 65 Deutsche Arbeitswohnungs-Genossenschaft, spółka  
 zapisana z ograniczoną odpowiedzialnością, Poznań:  
 Przymusową administrację zniesiono zarządzeniem  
 Ministerstwa Spraw Wewnętrznych z 12. VII. 1924.  
 Poznań, dnia 24. września 1924.  
 Sąd Powiatowy.

**300 zł**  
 demjenigen, der mit einer guten Stellung als Oberinspektor,  
 Gutswart u. dergl. verschafft. Mitte 30er, poln. Staats-  
 bürger. Prima Zeugnisse und Empfehlungen. Gest. Angeb.  
 unter 1020 an die Geschäftsstelle des Blattes erbieten.

Deutscher Landwirt sucht  
**Pachtung**  
 von 20—30 Morgen. G. l. Angebote unter „Landwirt“  
 1034 an die Geschäftsstelle des Blattes erbieten.

**EAU de COLOGNE**  
**Przemysławka**  
 SKOMCENTROWANA  
**HENRYK ŻAK**  
 POZNAN  
**„Freie Presse“**  
 Zentralorgan  
 für das  
**Deutschtum in Polen**  
 Das nachweislich verbreitetste  
 deutsche Nachrichtenblatt  
 im polnischen Reich.  
 Die „Freie Presse“ krebt lebhaft die Wahr-  
 nehmung der Interessen der 2,000,000  
 Deutschen in Polen an. nimmt in eigenen  
 Artikeln Stellung zu den Stammesbrüder die-  
 ses und jenseits der Grenze, berichtet über die Arbeit  
 und Mühe des Deutschums im polnischen Reich  
 und sucht geistigen Anschluß an die deutschen  
 Brüder der ganzen Welt. Da die „Freie  
 Presse“ nicht nur in Kongressen, sondern  
 auch in Grobpolen und Galizien weit verbreitet  
 ist, ist sie ein Informationsorgan ersten Ranges.  
 und verschafft ihren Lesern stets gute Folge  
 im gleichen Verlage erscheint die Wochen-  
 schrift „Der Volksfreund“, welche vorwie-  
 gend von der Landbevölkerung gelesen wird.  
 Probenummern auf Wunsch kostenlos.  
**„Freie Presse“**  
 Geschäftsstelle und Redaktion  
 Łódź, Petrikauer Straße 86.

**Nervöse, Neurastheniker,**  
 die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit, trü-  
 bende Stimmung, Lebensüberdruß, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen,  
 Angst- und Zwangszuständen, Hypochondrie, nervösen Herz-  
 und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostenlos Broschüre  
 von Dr. Weise über Nervenleiden.  
**Dr. Gebhard & Co. Danzig,**  
 Kass. Markt 1 b.

**Eisör- — Essigfabrik,**  
 verläuflich;  
 80 Jahre Familienbesitz, sofort  
 jegiger Besitzer Optant. Schönes Wohnhaus, 9 Zimmer, gute  
 Nebengebäude. 12 Morgen Land und Wiesen, große Faha-  
 genvorräte. Angeb. unter M. 1021 an die Geschäftsstelle  
 des Blattes erbieten.

Ältere Jahrgänge der  
**Reformation**  
 (einschließlich der letzten) be-  
 gründet v. A. Dopprebier Dr.  
 A. Stoecker und P. Benke,  
 herausgegeben v. P. D. Schipps,  
 sauber erhalten, bill. abzug.  
 Ebenso einige Jahrgänge  
 „Licht und Leben“.  
 Dabrowskiego 44, str. z.  
**Elektr. Pendelkörper**  
 in gen. Fortzuges abzugeben.  
 Näheres zwischen 9 u. 10 vorm.  
 und 6—7 abends.  
 Myńska 2 partr. links.  
**Gehrod-Minng,**  
 nagelneu, prima Friedensware,  
 billig zu verkaufen.  
 R. Schulz,  
 Biergiecie 41b, 2 Treppen.

Gut erhaltener  
**Stukflügel**  
 (Prima Firma)  
 zu kaufen gesucht.  
 Off. unter Biff. 1027 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.  
**Piano (Flügel)**  
 gut erhalten, für 500 zł verkauft  
 Schneider, Kizskowo.

**Christbäume**  
 hat in größerer Menge im Dezember abzugeben.  
 Dom. Dąbrowka, pow. Rawicz, per Bojanowo.  
**Pantinenfabrik der Grenzmark sucht**  
**Abnahmefähigkeiten**  
 für größere Mengen fertiger Holzpantinen in Polen.  
 Offerten unter Nr. 1020 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Damen-Strümpfe**  
**und**  
**Herren-Socken**  
 in  
 Wolle, Baumwolle,  
 Macco, Filz, eusse,  
 Kunstseide u. Seide  
 Neueste Dessins  
**Kinder-Strümpfe**  
 Anerkannt  
 billige Preise.  
 Grösste Auswahl.  
 Leibbinden  
 Kniewärmer  
 Sportstrümpfe  
 Gamaschen  
**In Filz**  
**und gestrickt**  
 empfiehlt  
 in grösster Auswahl  
 zu billigsten Preisen  
**S. Kalamajski**  
 Kaufhäuser  
 Poznań Toruń

25 eigene, gebrauchte, gut-  
 erhaltene  
**Spiritusgebinde**  
 à 600 Liter; gebrauchte  
**Siederöhre**  
 à 4,20 m lang, 2" Durch-  
 messer, sowie längere und  
 schwächere  
**Zugamme und**  
**Bauwinden**  
**Taue und Drahtseile**  
**Träger**  
**Kopf- gep. Durchschlag-**  
**und runde**  
**Pflastersteine**  
**Lange Prell- und**  
**Grenzsteine (Schief. Ware)**  
**Malergelüst**  
**Schablonen und**  
**Farben**  
**Eiserne Bettgestelle**  
**Holzbänke und**  
**Tischplatten**  
 hat abzugeben  
**Paul Fechner**  
 Międzychód.

**Beamter,**  
 Landwirtssohn, 29 J. alt, sucht  
**Damenbekanntschaft**, zwecks  
**Einheirat**  
 in Landwirtschaft. Vermögen  
 10000 zł. Offerten unter  
 1035 an die Geschäftsstelle  
 des Blattes erbieten.

Wir empfehlen zur Anschaf-  
 fung sofort lieferbar:  
 Zimmermann, Lustig nach Noten  
 Mitschwingen und Anekdoten  
 Munter, Polterabend und  
 Hochzeit  
 Girsberg, Die Humortiste  
 Helling, Der Tafelredner  
 Beyer, Damenvorträge  
 Merker, Buch zum Totlachen  
 Munter, Zur heiteren Einsicht  
 Das Buch der Spiele  
 Segel, Die Macht der Persön-  
 lichkeit  
 Bulff, Der Okultismus  
 De Mang, Hypnose und Sug-  
 gestion  
 Dr. Gordon, Die geheimen  
 Mächte der Suggestion und  
 Hypnose.  
**Posener Buchdruckerei**  
 und Verlagsanstalt T. A.  
 Poznań, Zwirzyńska 6.

**Winter**  
**Trikotagen!**  
**Hemden**  
 für Damen und Herren  
**Jacken**  
 für Damen und Herren  
**Beinkleider**  
 für Damen und Herren  
**Untertailen**  
**Combinationen**  
**Reformhosen**  
 gestrickt und  
 Normaltricot  
**Gestrickte**  
 Damen- Unterbekleidung  
**Schweizer Trikot!**  
 Grösste Auswahl  
 Billigste Preise  
 Kaufhaus  
**S. Kalamajski**  
 Poznań Toruń



## Polen und England.

Die Stellungnahme Polens zu den englischen Fragen ist nach dem Ausfall der englischen Wahlen trotz der Freude über den konservativen Sieg in England eine vorsichtige und tastende. Das ganze Verhalten Englands zu Polen seit seinem Bestehen war kein besonders warmes, und auch Polesen klagt in seinem bekannten Buche „Uwagi“, daß England für Polen nur „platonische Sympathien“ empfinde und stets empfunden habe.

Nicht aber schreibt der „Kurjer Polski“: „Indessen war es besonders die konservative englische Regierung, das Kabinett Bonar Law, bei welchem der damalige und gegenwärtige Leiter unserer auswärtigen Politik ausgezeichnetes Verständnis fand, das ausschließlich für Polen und für den europäischen Frieden in der letzten Festsetzung unserer Grenzen und unseres staatlichen Territoriums beschloß liegt. Die künftige englische Regierung wird in Polen mit dem Gefühl freundschaftlicher Sympathie begrüßt werden.“

Über den möglichen Nutzen der konservativen Wahlen für Polen schreibt der Krakauer „Gazeta“: „Der Ausfall der englischen Wahlen läßt sich für Polen als sehr günstig beurteilen. Wenn wir uns mit irgendeiner englischen Partei verständigen könnten, so ist das mit den Konservativen möglich. Ihre politischen Richtlinien in Bezug auf die Polenscheiben und auf die deutschen Angelegenheiten sind für uns günstig. Ihre sozialen Ideale bedrohen uns durch nichts. Außerdem wirkt der Umstand, daß die konservativen Elemente in England an das Staatsruder kommen, außerordentlich günstig auf die Entwicklung der politischen Strömungen in Frankreich. Er bremsen die für uns aus vielerlei Rücksichten so fatale Verschiebung des Schwerpunktes der französischen Politik nach der Linken in der französischen Kammer.“

Der „Kurjer Poznański“ hält das Wahlergebnis für einen Sieg des in der ganzen Welt anwachsenden Nationalismus.

## Der deutsch-polnische Handelsvertrag.

### Eine Unterredung des „Postep“ mit dem deutschen Generalkonsul in Posen.

Die polnische Presse beschäftigt sich jetzt immer mehr mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag. Die Diskussionen sind so groß und gründlich angelegt, aber mitunter von einer unsachlichen Denkmis beherzigt, daß jedes klare Wort in dieser wichtigen Frage nur von Nutzen sein kann. Auch in Posen haben wir schon sehr viel für und gegen den Vertrag gehört. Auch der „Postep“, der in Posen erscheint, brachte verschiedene Artikel über den künftigen deutsch-polnischen Handelsvertrag. U. a. hat ein Vertreter des genannten Blattes den Posener Generalkonsul, Herrn Dr. von Gentig, aufgesucht, um die Ansicht des Vertreters des Deutschen Reiches in Posen zu hören.

Der „Postep“ schildert zunächst den Empfang bei Herrn Dr. von Gentig, der außerordentlich anerkennend und lobend bemerkt wird. Herr Dr. von Gentig äußerte seine Befriedigung über das Erscheinen eines polnischen Pressevertreters.

Es ist zu bemerken: Herr Dr. v. Gentig hat das Amt des Generalkonsuls in Posen im Mai d. J. übernommen. Er ist ein ausgezeichnete Kenner des nahen und fernen Ostens. Seine diplomatische Tätigkeit führte ihn u. a. nach Peking, Konstantinopel und Persien. Im Jahre 1915 wurde ihm eine außerordentliche diplomatische Mission in Zentralasien übertragen, die von besonderer Wichtigkeit für seine Kenntnis des Ostens war. Dr. von Gentig hat u. a. als Chef der Pressesektion in Konstantinopel gearbeitet. Seine schriftstellerische Fähigkeit ist nicht unbekannt. Verschiedene wertvolle Bücher stammen aus seiner Feder. Als Diplomat ist Dr. v. Gentig Anhänger der deutsch-polnischen Wirtschaftsanbahnung. Er strebt in seiner Arbeit danach, sämtliche Missverständnisse politischer Natur durch gegenseitige Verständigung zu beseitigen. Sein Wort ist in Posen sehr beachtet worden. Wir wollen nicht verhehlen, unsere Leser mit dieser Unterredung bekannt zu machen.

Die Redaktion.

Der „Postep“ schreibt:

Generalkonsul v. Gentig empfing den Unterzeichneten mit nachsichenden Worten:

„Ich begrüße Sie herzlich und freue mich sehr, daß Sie als polnischer Pressevertreter unmittelbar den Weg zu unserer Vertretung gefunden haben und sich für die Meinung interessieren, die

der Vertreter des Deutschen Reiches in Angelegenheiten hat, die Deutschland und Polen gleich angehen. Nur ein persönlicher Meinungsaustausch wird schließlich zu einem beiderseitigen Verständigen führen, das zu fördern ich als eine meiner hauptfachlichen Aufgaben betrachte. Wenn Sie auch bereit, Ihren Rede und Antwort zu stehen.“

„Was halten Herr Generalkonsul von den bisherigen deutsch-polnischen Beziehungen?“

„Die bisherigen Handelsverbindungen zwischen Deutschland und Polen, der Struktur und wirtschaftlichen Lage beider Länder entsprechend, waren zahlreich und vielfältig. Sie sind jedoch für den Handelsverkehr und benütigen eine Regelung mit Unterbrechung beider Regierungen. Es fehlte die Ruhe in den politischen Beziehungen beider Staaten, es fehlte die Möglichkeit der sicheren Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunft beider Länder, es fehlte nicht zuletzt eine beiderseitige vertragliche Bindung, die dem Kaufmann die Möglichkeit gibt, zu rechnen, und zwar mit weiterer Sicht zu rechnen. Ein Handelsvertrag, der den beiderseitigen Wünschen beider Kontrahenten genügt, mehr noch aber eine allgemeine Befriedigung und ein beiderseitiges Vertrauen zwischen den Staaten schaffen, der im Interesse des Handels beider Länder liegt. Nur ein Handelsvertrag kann uns befriedigen. Nur an einem solchen Handelsvertrag, der in jeder Hinsicht, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, zu einer gegenseitigen Verständigung führen könnte, kann es gelegen sein.“

„Wie muß also nach Ihrer Ansicht der Handelsvertrag beschaffen sein? Müßte es ein Vertrag oder eine Konvention werden?“

„Dies hängt davon ab, wann der Handelsvertrag abgeschlossen wird. Wenn er demnächst abgeschlossen werden soll, so müßte er den Charakter einer Konvention erhalten, wenn später, d. h. nach dem 10. Januar 1925, den eines Handelsvertrages; denn erst nach dieser Zeit erhält Deutschland die Freiheit wieder, Vollverträge zu schließen.“

„Liegt dem Deutschen Reich an einem Handelsvertrag mit Polen?“

„In der polnischen Presse ist stets das vorwiegende Interesse Deutschlands an einem Handelsvertrag betont worden. Es ist vielfach nicht unrichtig, darauf hinzuweisen, daß der Export Deutschlands nach Polen etwa 1/3 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr beträgt, während umgekehrt die polnische Ausfuhr nach Deutschland etwa 45 Prozent der gesamten Ausfuhr Polens ausmacht. Diese Zahlen sprechen für sich. Meiner Ansicht nach liegt der polnisch-deutsche Handelsvertrag gleichermaßen im Interesse Polens wie Deutschlands.“

„Was halten Sie von dem deutschen Transit durch Polen?“

„Die Ihnen bekannt, hat die polnische Regierung bereits die Barcelona-Konvention über den Transit ratifiziert. In der polnischen Presse ist die Ratifizierung mißbilligend aufgenommen, gleichzeitig das Interesse Deutschlands an den polnischen Binnenwasserstraßen hervorgehoben und beide Punkte als besondere Gegenstände von Kompensationen bezeichnet worden.“

„Ich möchte meinen, daß, wenn die polnische Regierung die Ratifizierung verzögert hätte, diese Verzögerung keineswegs kompensabel gewesen wäre, und daß auch das polnische Interesse an den eigenen Binnenwasserstraßen ein größeres ist als das Deutschlands, weil auf diesem billigen Wege vor allem Polen seine unverbarbeiteten Rohprodukte zum Meere führen könnte.“

Die Frage des Transits ist für Polen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische. Sie ist auch häufig in der Form gestellt worden, ob Polen eine Barriere gegen Rußland oder eine Brücke nach Rußland bilden soll. Von deutscher Seite ist stets der Wunsch und die Auffassung vertreten worden, daß es eine, und zwar recht leicht passierbare Brücke nach Rußland bilden müsse. Deutschland selbst ist in letzter Zeit Transitland gewesen, verdrängt gerade dem Transit einen Teil seiner Geltung, die Entwicklung seiner Verkehrsmittel und seiner Kaufmannschaft, den intensiveren Umschlag der Güter von Westen nach Osten und umgekehrt.“

„Was möchte Deutschland nach Polen ausführen?“

„Am liebsten natürlich alles, was es überhaupt absetzen kann. Dabei kommen in erster Linie Erzeugnisse in Frage, die Polen nicht selbst erzeugt, wie gewisse pharmazeutische Produkte, chirurgische Instrumente, Präzisionsmaschinen und dergl. mehr.“

„Was wünscht Deutschland aus Polen einzuführen?“

„Deutschland möchte aus Polen alles das einführen, was Polen besitzt, seine notwendigen Rohstoffe und alle Produkte, die im Hinblick auf seine geographische Lage für den Import in Betracht gezogen werden können.“

„Welche Postulate stellt Deutschland bezüglich der Zölle der Wirtschaft?“

„Soweit ich informiert bin, will Deutschland sich überhaupt keine Privilegien sichern, sondern es möchte vor allem dem Zustand der mangelnden Gleichberechtigung ein Ende gemacht sehen und daß es wie alle anderen Staaten behandelt werde.“

gewertet hatten, schienen freudig erregt. Es war eine Sensation ersten Ranges. Man hoffte auf große Dinge.

Zimmernd erschien eine neue Inschrift an der Wand: „Prinzessin Fantoché zählt die Leute.“ Gleich darauf war sie selbst da, die geheimnisvolle schwarze Prinzessin. Man sah sie in der Portierette durch die Straßen Gennas fahren. Plötzlich wechselte das Bild; die Prinzessin stand in einem Zimmer. Sie zog Scheine aus ihrer Handtasche — das geraubte Geld. Lächelnd hielt sie Kote für Kote dem Publikum entgegen.

„Das ist eine dumme Prahlerei!“ flüsterte der Kommissar Depretis seiner Nachbarin Madeleine zu. „Die Dame riskiert nichts. So sehen in Genna tausend Zimmer aus. Aber warten Sie nur, ich passe schon scharf auf!“

Er hatte das in diesem Augenblick wenigstens nicht getan, denn während er sich zu Madeleine's Dettour gewandt hatte, war schon ein neues Bild erschienen. Depretis unterbrückte einen Fluch. Da war er selbst, wie er mit höchst betrübtem Gesicht vor der Polizeipräktur ankam. Er blieb vor dem Tor stehen und blickte zur Erde. Ja, es war ihm damals schwer gefallen, vor den Präkten hinzutreten.

Zum Teufel, aber was war das! Hinter der Gestalt des Kommissars auf dem Lichtbilde tauchte eine andere auf. Prinzessin Fantoché in eigener Gestalt stand zwei Schritte hinter ihrem ahnungslosen Verfolger. Und als er im Tore verschwand, machte sie eine regelrechte lange Nase hinter ihm her.

Das Publikum brüllte vor Lachen. Es war, als ob die Klappseffel des Kinos mitleideten. Da drehte sich das Bild der Prinzessin Fantoché um und machte dem Publikum eine fremdliche Verbeugung.

Und weiter rollte sich dieser infernalische Film ab. Unglaublich, aber wahr: Die verfolgte Verbrecherin hatte sich mitkamt ihrem Operateur dem Polizeikommissar an die Fersen geheftet. Man sah, wie er, augenscheinlich in besserer Stimmung, wieder das Gebäude der Polizeipräktur verließ. Und wieder ging die verkleidete schwarze Dame gemächlich hinter ihm her. Sie folgte ihm nach San Francesco, wo er damals im Garten des Bankiers Jppolliti nach Spuren der Verbrecher gesucht

„Welche Rolle soll Großpolen bei bzw. nach Abschluß des Handelsvertrages spielen?“

„Die Beziehungen Deutschlands zu Großpolen sind naturgemäß stets besonders eng gewesen. Auch heute wünscht man sich in Deutschland allgemein, daß Großpolen, wie ehemals, die natürliche Versorgungsquelle mit Nahrungsmitteln gerade für Berlin werden möchte. Soffentlich gestattet dies sowohl die allgemeine Wirtschaftspolitik wie im besonderen die Preispolitik des Zwischenhandels.“

„Was könnten mir Herr Generalkonsul über die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Deutschland sagen?“

„Wenn Sie noch meine Meinung über die allgemeine Wirtschaftskrise in Deutschland und Polen hören wollen, so kann ich Ihnen, ohne Ihnen viel Neues zu verraten, nur sagen, daß wir genau die gleichen Wünsche und Sorgen hinsichtlich unserer Verhältnisse haben. Ich nehme an, daß eine normale wirtschaftliche Entwicklung in fruchtbringender Wechselwirkung es uns ermöglichen wird, selbst auf die Beine zu kommen und anderen die Hände reichen zu können.“

Damit schloß die Unterredung.

## Ein völkerrechtliches Novum.

### Polen und Danzig.

Der „D. N. Z.“ wird aus Danzig folgendes geschrieben:

„Die Danziger Regierung hat Veranlassung genommen, eine Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars in Danzig darüber herbeizuführen, daß Verträge zwischen Danzig und Polen Staatsverträge im Sinne des Völkerrechts sind, die zu ihrer Wirksamkeit grundsätzlich der im zwischenstaatlichen Verkehr üblichen Ratifikation bedürfen und bei deren Abschluß und Formulierung auch im übrigen die völkerrechtlichen Normen und Gepflogenheiten Anwendung zu finden haben. Die polnische Regierung hatte sich geweigert, einen Vertrag, der zwischen Danzig und Polen abgeschlossen war und der die Einführung von neuen Tarifen auf der Eisenbahn in Danzig zum Gegenstand hatte, zu ratifizieren, obwohl der Volkstag der Freien Stadt Danzig diesem Vertrage schon seine Zustimmung gegeben hatte. Der im Vertrage vorgesehene Austausch der Ratifikationsurkunden konnte bisher nicht stattfinden, weil die Republik Polen, obgleich sie den Vertrag abgeschlossen hatte, die Vornahme des Austausches verweigert hatte.“

Nummehr hat der Völkerbunds-Kommissar eine Entscheidung getroffen, worin Richtlinien festgelegt sind, welche bei Abschließen und Vereinbarungen zwischen Danzig und Polen Geltung haben sollen. Im Wortlaut besagt die Entscheidung folgendes:

1. Die polnisch-Danziger Beziehungen sind zwischenstaatliche Beziehungen, aber von so besonderer Art, daß sie es nicht zulassen, daß das normale internationale Verfahren notwendigerweise auf sie angewendet werden muß.

2. Mit Rücksicht auf diese Beziehungen sind Zahl und Art von Vereinbarungen oder Verträge, die zwischen Polen und Danzig geschlossen sind, in großer Zahl und von verschiedenartiger Natur gegenüber den Vereinbarungen, die üblicherweise zwischen Staaten geschlossen werden.

3. Das Verfahren, um diese Vereinbarungen in Polen in Wirksamkeit zu bringen, ist in erster Linie Angelegenheit der polnischen Regierung, vorausgesetzt, daß das Verfahren der Freien Stadt Danzig Gewähr dafür bietet, daß die Vereinbarungen nach polnischem Gesetz gültig sind.

4. Danzig ist ein Staat im internationalen Sinne des Wortes und ist zum Gebrauch von Ausdrücken, welche diese Tatsache erkennbar machen, berechtigt.

5. Da eine bestimmte Verpflichtung zur Ratifizierung des in Frage stehenden Abkommens eingegangen ist, muß diese Verpflichtung von Polen erfüllt werden.“

Wir können nicht verhehlen, daß eine Entscheidung in diesem Sinne doppeldeutig ist. Danzig ist vom Völkerbund als selbständiger Staat geschaffen, und Danzig erhält auch Rechte und Pflichten eines Staates. Ausdrücklich sagt der Völkerbunds-Kommissar, Danzig ist ein Staat im internationalen Sinne des Wortes. Nun wird einfach entschieden, daß es, obwohl es ein Staat im internationalen Sinne des Wortes ist, doch nicht die gleichen Rechte besitzt. War es Polen ratifizieren, aber nicht weil Danzig selbständig ist, sondern weil dies vorher im Vertrage ausdrücklich vereinbart war.

Wir sehen also eine Entscheidung mit einem halben Nein und einem halben Ja! Eine Entscheidung, die vielen Willkürlichkeiten Tür und Tor öffnet. Der Völkerbunds-Kommissar hat ein sogenanntes Kompromiß geschaffen, was ein kluges Ja oder Nein der Weg wäre, der deutlich zeigt, woher der Weg geht. Ein Novum ist geschaffen. Und es drängt sich wieder der Gedanke auf, den ein Völkerbunds-Kommissar schrieb: „Der Völkerbund ist nicht von Pazifisten und nicht von Völkerrechtlern geschaffen, sondern von Interessengruppen, die der Weltkrieg notwendigweise miteinander verband.“

hatte. Oh, er hatte sogar etwas gefunden! Nur ein unscheinbares Objekt, einen kleinen Taschenspiegel. Aber es waren famose Fingerabdrücke daran!

Das Publikum sah, wie stolz der Kommissar damals ausgesehen hatte. Und das Publikum lachte wie besessen, über seinen stolzen Gesichtsausdruck.

Denn eben hatte der Film die Vorgeschichte des Fundes gezeigt. Wie die schwarze Prinzessin den Taschenspiegel einem blinden Hausierer abgekauft hatte. Wie sie scheinbar im Scherz die Hand des Hausierers gepackt und auf den Spiegel gedrückt hatte. Wie sie dann wenige Minuten vor dem Kommissar am Parktor erschienen war und den Taschenspiegel mitkamt den Fingerabdrücken in den Park geworfen hatte.

Es war augenscheinlich, daß sich dann der Operateur in einem Winkel der seit dem Attentat völlig menschenleeren Villa versteckt und den schnüffelnden Polizeikommissar mit der größten Unverfrorenheit aufgenommen haben mußte, als er selbst erschien und den Taschenspiegel fand.

Aber das war noch lange nicht alles. Wer stand dabei, als der Sieförbief mit der Ankündigung der ausgefegten Niefenbelohnung auf der Piazza de Ferrari angeschlagen wurde?

Wer stellte sich am Eingang des Fata-Morgana-Theaters auf, als der erste Film, der unvergessliche Film von San Francesco, zum ersten Male vorgeführt werden sollte?

Wer rebete den Kommissar Depretis an, als er selbst an der Kasse erschien, um sich sein Billett zu lösen?

Oh, es waren immer ganz verschiedene fremde Damen, große, kleine, schlanke, dicke, alte, junge, Bäuerinnen von der Riviera, reisende Engländerinnen, deutsche Oberlehrer'sgattinnen. Aber alle hatten, wenn der Kommissar den Rücken lehrte, eine verfluchte Art, einen Moment lang die Perücke zu lüften, den Schleier, die Brille, die falsche Nase abzunehmen und ein wohl bekanntes hübsches Gesicht zu zeigen.

Das Publikum lachte nicht mehr, es murmelte, es schwach. Das grenzte an Hexerei. Wenn die Prinzessin Fantoché schon unbemerkt geblieben war, den Mann mit dem Aufnahmearrarat hätte man doch sehen müssen. (Fortsetzung folgt.)

Copyright 1921 by Ilf Verlag, G. m. b. H., Wien.

## Die Films der Prinzessin Fantoché.

Von Arnold Höllriegel.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Leiter des Fanta-Morgana-Theaters konnte sich seines temperamentvollen Publikums nicht länger erwehren. Mitten in einer großen Verzweiflungsszene der sonst so beliebten Filmschauspielerin Asta Nielsen mußte die Vorstellung des bandenartigen Sittens- oder vielmehr Unflendramas unterbrochen werden. Ein allgemeines „Ah!“ begrüßt das Aufkommen der Lichter. Das allgemeine Gespräch, das während der Vorstellung durchaus nicht verstummt war, dampfte sich zu einer erwartungsvollen Murren. Mit der größten Spannung blickte alles auf die vorläufig noch weiße Wand.

Als die Pause einige Zeit begonnen hatte, fing das Trampeln wieder an. Erst mehr scherzhaft, dann heftiger, schließlich orkanartig. Die ganze Lebhaftigkeit und die Freude am Akt, die die Italiener auszeichnen, kamen in diesem stürmischen Nadeu zum Vorschein.

Plötzlich, als der Lärm am tollsten war, wurde wie auf ein militärisches Kommando alles still. Aber nur auf einen Augenblick, dann erschollen aufgeregte Rufe, und in der Luft schwirten leidenschaftliche Kommentare.

Der Saal war wieder verdunkelt worden, und auf der weißen Wand erschien eine tanzende Marionette. Sie huschte schnell über die Wand, und wo sie vorbeigekommen war, dort blieb ein schwarzer Buchstabe zurück. Die Buchstaben zusammen genommen aber ergaben eine Inschrift, die freilich geeignet war, das Interesse des Publikums in allerhöchstem Maße zu fesseln. Die Inschrift lautete:

„Wie ich verfolgt werde.“

„Kinematographische Wochenrevue der Prinzessin Fantoché.“

Es dauerte einige Zeit, bis der Lärm sich legte. Jeder einzelne Zuschauer wollte vorher gewußt haben, daß ein neuer Fantoché-Film kommen werde. Selbst diejenigen, die dagegen



## Ein Verzweiflungsschritt?

Die Regierung Polens hat vorgestern durch Herrn Grabstki ein Gesetz anzuordnen lassen, das wie ein verzweifelter Schritt anmutet, ein Gesetz, das zu ernstlichen Nachdenken anregen muß, denn seine Durchführung wäre geeignet, die im Lande herrschende Krisis noch tragischer zu gestalten, wie sie schon in Wirklichkeit ist. Die direkten Steuern der abgelaufenen neun Monate hätten naturgemäß 75 Prozent des Voranschlags für das ganze Jahr ergeben müssen. Statt dessen trug die Bodensteuer nur 49,6 Prozent, die Einkommensteuer sogar nur 32,4 Prozent und die Vermögensabgabe 41,7 Prozent in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ein.

Wer die Wirtschaftskrise und die unerhörte Geldknappheit im Lande kennt, ist sich darüber klar, daß es die allgemeine Steuererschöpfung ist, die es unmöglich gemacht hat, die großen Beträge einzutreiben, die der Finanzminister als Steuern in den Voranschlag eingestellt hat. Herr Grabstki ist aber anderer Meinung. Er scheint fest überzeugt zu sein, daß es nur höherer Wille ist, wenn Industrie und Landwirtschaft auf der Steuerleistung im Rückstand geblieben ist. Und nun will er, wie wir schon kurz berichtet haben, Strafen einführen. Wer zwei Mal schuldig geblieben ist, soll enteignet werden. Und zwar wird den Schuldnerwerten ein Teil der Aktien abgenommen, der im Verhältnis zur Schuld steht (wie macht das der Minister, wenn alle Aktien im Besitz von unzähligen kleinen Privatpersonen sind?) Und dem Grundbesitzer soll ein im Verhältnis zum Steuerrückstand stehender Teil ihres Gutes abgenommen werden. Ein äußerst schlimmes Gesetz, wenn es wirklich zustande kommt, das übrigens, gerade weil es so einfach ausfällt, den Stempel des Dilettantischen an sich trägt.

Die ungeheure Krisis macht die Zahlung der Steuern unmöglich. Der Minister hat daher ins Auge gefaßt, daß ein Teil der Steuern in „Substanz“ bezahlt werde, d. h. daß der Steuerpflichtige einen Teil seines Vermögens verkaufen soll, um die Steuern zahlen zu können. Aber die Krisis trägt wieder die Schuld, daß sich Käufer nicht finden. Fänden sie sich aber, so würde das drohende Massenangebot eine starke Wertverminderung der zum Verkauf stehenden Besitzungen zur Folge haben. Die Wertverminderung ist auch bereits eingetreten. Mit anderen Worten, die Verarmung ist fortgeschritten. Nun könnte man sich denken, daß der Minister die Wegnahme von Grundbesitz benutzen wollte, um die Parzellierung der Güter und ihre Aufteilung an Kleinbesitzer durchzuführen, auf die die Kleinbauern schon so ungeduldig warten. Aber auch dann wäre ein solches Gewaltsystem verfehlt, da ja die Bank Poln, als Vermittlungsinstitut, noch gar nicht ausgebaut ist, und der Kleinanleiher, an den die Regierung das weggenommene Land weitergeben will, noch gar nicht in dem Besitz der nötigen, auf die großen Güter einzutragenden Pfandbriefe gekommen ist, um sie den Kleinanleihen für den Ankauf der Parzellen zur Verfügung zu stellen. Uns dünkt es daher, daß die Regierung zunächst einmal die Pflicht hat, die Bank Poln auszubauen, und dann abzuwarten, ob sich nicht das Steuerertragnis aus dem Grundbesitz hebt. Zui sie das aber nicht, so ist zu befürchten, daß die Regierung einen heillosen Wirrwarr stiftet und zahllose Landwirte an den Bettelstab bringt.

Minister Grabstki hat sich bezüglich der Wegnahme von Aktien, die er beabsichtigt, merkwürdigerweise auf Deutschland und den Damesplan berufen, der aber die deutsche Industrie mit einer Hypothek von 5 Millionen belastet, und er meinte, daß sein Plan im Grunde ganz etwas Ähnliches sei. Wir haben schon mehrfach zu unserem Ersauern bemerkt, wie verfehlt ein sonst so geleisteter Mann, wie Herr Grabstki, Finanzgeschicknisse beurteilt, sobald sie im Zusammenhang mit Deutschland stehen. Auch jetzt begeht er wieder einen geradezu unglaublichen Irrtum. Ganz richtig, der Damesplan hypothekiert die deutsche Industrie. Aber die Industrie ist in ihrer Gesamtheit für die fünf Millionen Pfandbriefe verantwortlich, die die deutsche Industrie-Hypothekenbank ausgibt und die auf den Besitz der Industrie, die als Garantie gilt, eingetragen sind. Herr Grabstki aber will einfach den einzelnen Unternehmungen Aktien abnehmen, ohne uns zu verraten, wie er das durchzuführen gedenkt, ohne ein geradezu beispielloses Sinken des Wertes der Aktien zu veranlassen, und ohne die jetzt schon so schwer leidende Industrie in den Grund und Boden hinein zu vernichten. Daß Gesetz wird noch in den beiden Kammern beraten werden, wenn es eingebracht worden ist, und außerdem wird es noch das Gegenüber der Kommissionen durchzumachen haben, und es ist kaum anzunehmen, daß es so viele gefährliche Stationen unversehrt durchlaufen wird.

## Neue Männer.

Die englischen Wahlen, die den Konservativen den großen Sieg eingetragen haben, brachten auch mit dem neuen Kabinett Baldwin neue Männer aus Mader, die zwar in politischen Kreisen bekannt sind, deren Leben jedoch im großen Publikum nicht so ohne weiteres die allgemeine Anteilnahme fand. Da diese Männer aber jetzt wieder die europäische Politik machen, ist es wichtig, von ihnen das Notwendigste zu wissen. Wir bringen nachstehend eine Zusammenstellung, die als kleine Handhabe für Männer und deren kommenden Weg dienen kann.

Stanley Baldwin (Ministerpräsident, erster Schatzkanzler und Vorsitzender des Unterhauses), 56 Jahre alt; Premierminister vom Mai 1923 bis 1924; Schatzkanzler von November 1922 bis August 1923; von 1921 bis 1922 Präsident des Handelsministeriums, nachdem er Finanzsekretär des Schatzamtes war; seit 1908 Mitglied des Unterhauses. Baldwin war früher Privatsekretär von Bonar Law, bis er im Januar 1917 ins Ministerium als Geheimrat eintrat. Nach dem Rücktritt Bonar Laws im Mai 1923 wurde er Ministerpräsident; im Jahre 1923 wurde er Premierminister.

Austen Chamberlain (Staatssekretär für Auswärtiges und stellvertretender Vorsitzender des Unterhauses), steht im Alter von 60 Jahren. In den Jahren 1902 bis 1903 war er Generalpostminister und Schatzkanzler in den Jahren 1903 bis 1905. Früher war er Finanzsekretär des Schatzamtes, Vizepräsident der Admiralität und Mitarbeiter von Lloyd George für die Kriegsfinanzen. Er trat 1915 in die Koalitionsregierung als Sekretär in das Ministerium für indische Angelegenheiten ein. Er blieb auch im neuen Kabinett Sekretär für Indien bis zu seinem Rücktritt im Juli 1917. Im April 1918 leitete er zum Kriegskabinett zurück als Führer des Oberhauses.

Lord Salisbury (Geheimrat, Geheimrat), steht im Alter von 82 Jahren. In den Kabinetten Baldwin und Bonar Law war er Präsident des Geheimen Rates.

Lord Curzon (Vizepräsident des Kabinettsrats und Vorsitzender des Oberhauses), der 65 Jahre alt ist, war auswärtiger Minister, als Nachfolger von Balfour und Präsident des Geheimen Rates Lancaster vom Mai bis November 1919, Vizekönig von Indien war er 1898 bis 1905. Im Jahre 1905 führten Schwierigkeiten über den neuen Militärplan in Indien zu seinem Rücktritt. Im Jahre 1907 wurde er zum Kanzler der Universität Oxford ernannt. 1915 war er im Koalitionskabinett Geheimrat, Mitglied des Kriegskabinetts im Jahre 1916 und Führer der konservativen Partei im Oberhaus.

Lord Croke (Vizekanzler), 67 Jahre alt, war Vizekanzler in den Kabinetten Bonar Laws und Baldwin, wurde bei Baldwin Sekretär des Innern vom Dezember 1916 bis November 1918, vorher war er Staatsprokurator.

Winston Churchill (Schatzkanzler), früherer Sekretär der Kolonien und Kanzler der Grafschaft Lancaster vom Mai bis November 1919, hat im Burenkrieg gekämpft, wo er gefangen genommen wurde, aber wieder entkam. 1904 ging er von den Konservativen zu den Liberalen über, wurde Unterstaatssekretär für die Kolonien im Jahre 1905; 1908 wurde er Präsident des Handelsministeriums; im Jahre 1910 übernahm er das Innenministerium. Als erster Lord der Admiralität stand er im Mittelpunkt der Flottenfrage im Jahre 1911. Im Jahre 1915 trat er in den Kriegsdienst. Im Juli 1917 wurde er zum Munitionsminister ernannt, von 1919 bis Februar 1921 war er Kriegs- und Luftfahrtminister und seit Februar 1921 Kolonialminister. Bei der Wahl im Jahre 1922 wurde er geschlagen.

Sir Joseph Higgs (Staatssekretär für Inneres) ist 59 Jahre alt. Er war vom März 1923 an Finanzsekretär des Schatzamtes, vom Oktober 1922 bis März 1923 parlamentarischer Sekretär der überseeischen Handelsabteilung, dann wurde er Generalpostminister und Generalzahlmeister und war Gesundheitsminister in Baldwin's erstem Kabinett.

Amery (Eisenbahnminister) ist 51 Jahre alt und war in den Kabinetten Baldwin und Bonar Laws erster Lord der Admiralität; von 1921 bis 1923 war er Unterstaatssekretär für die Kolonien, Sekretär des Kriegskabinetts im Jahre 1917, Mitglied des Obersten Rates in Versailles von 1917 bis 1918.

Lord Birkenhead (Staatssekretär für Indien) steht im Alter von 51 Jahren und war früher Lordkanzler und Staatsprokurator im Koalitionskabinett im Mai 1915 und Generalstaatsanwalt von 1916 bis 1919. Er war Präsident der Oxford Union und hat mehrere Werke des internationalen Rechts herausgegeben. Während des Krieges war er Leiter der Pressezensur, später ging er als Major zur Front. Beim Regierungswechsel im Dezember 1916 blieb er Generalstaatsanwalt, 1919 wurde er zum Vizekanzler ernannt und erhielt die Lordwürde.

Sir Samuel Hoare (Minister für Luftverteidigung) ist ein Londoner Großbankier und 43 Jahre alt. Er war Luftfahrtminister unter Baldwin vom Mai 1923 bis Januar 1924.

Sir Philip Lloyd George (Handelsminister) war in den Kabinetten von Bonar Law und Baldwin seit Oktober 1922 Präsident des Handelsministeriums, von 1921 bis 1922 Direktor des Departements für überseeischen Handel; vorher war er parlamentarischer Sekretär des Handelsministeriums.

## Frankreichs und Englands künftige politische Wege.

In Frankreich scheint die Programmrede der englischen Regierung starke Hoffnung gemacht zu haben, besonders deshalb, weil Baldwin die Integrität, d. h. die Unverletzbarkeit der Verträge betonte. Aus verschiedenen Anzeichen glaubt man schließen zu können, daß England bemüht sein wird, eine eng an Frankreich sich anschließende auswärtige Politik zu treiben.

Man rechnet jetzt damit, daß, wie einst im Mai Gerriot und Mac Donald, jetzt Baldwin und Gerriot zusammenkommen werden, um irgend welche Differenzen, die noch bestehen könnten, in mündlicher Rücksprache zu beseitigen.

## Diktator Mussolini.

### Wenn nichts anderes bleibt.

Aus der Programmrede Mussolinis spricht ein starkes Selbstbewußtsein. Zwar glaubt er, daß die Ruhe in ganz Italien allgemein wieder hergestellt sei. Doch für den Fall irgend welcher Ausschreitungen, so betonte Mussolini, wird die Regierung ganz energisch und mit allen Mitteln vorgehen. Die Regierung hat alle öffentlichen Kundgebungen verboten.

Als das auserwählte Mittel hat Mussolini dem Berichterstatter der „Chicago Tribune“ gegenüber die Auflösung des Parlamentes bezeichnet. Wenn nichts anderes übrig bleibt, so äußerte sich der auserwählte König Italiens, würde er die Verkündung der Diktatur durchsetzen.

### Eine Rede Mussolinis.

Am 11. November (Rom). Mussolini hielt in der Sitzung der Deputierten der Faschisten eine Rede, die die Ministerialerklärung ersetzen soll, die gewöhnlich im Augenblick der Übernahme der Parlamentsarbeiten abgegeben wird. Als Mussolini über die innere Lage sprach, betonte er, daß trotz einiger Ausstände, die übrigens schnell geregelt wurden, trotz vereinzelter Zwischenfälle und des von den Oppositionsblättern geführten Selbstzuges die Ordnung nicht ernstlich gefährdet wurde, daß der öffentliche Dienst keine Unterbrechung erfuhr und die Regierung weiterhin kraftvoll lebe und arbeite. Die Miliz hat dem König den Eid geleistet, was einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zu normalen Verhältnissen bedeutet, auf welchem Wege die Regierung schnell und unaufhaltsam vorwärtstreben will. Die Kammer könne und werde trotz der Minderheiten der Gegner arbeiten. Die Nichtanwesenden hätten und würden kein Recht haben, da sie, scheinbar der Respektierung der Verfassung dienend, sich auf einen antikonstitutionellen Standpunkt gestellt und sich selbst freiwillig isoliert hätten. So sei es denn auch nicht die Pflicht der Mehrheit, sich an sie mit einer Einladung zu wenden. Die Reibungen unter den Faschisten haben sich sehr verringert, und die Partei hat sich konsolidiert. Auch die vereinzelten Gewaltakte haben abgenommen. Im übrigen werde jedes Unrecht, selbst von Seiten der Faschisten, streng bestraft. Der Premier sprach sich dann für die Unterlassung jeder Art von Unzügen und Ausschreitungen, für stille Altagarbeit, für den Ausschluß gewisser unverantwortlicher Elemente aus der Faschistenpartei und endlich für die Realisierung des Friedenswunsches aus, der die ganze Bevölkerung befehle. Nach den zehnjährigen Stürmen ist eine Entspannung der Nerven notwendig. Der Ministerpräsident besprach dann die Frage der Forderung, die eine allgemeine Erscheinung in der Welt sei, und stellte fest, daß die Regierung eine energische Aktion zur Bekämpfung der Forderung eingelegt habe. Er führte dann die von der Regierung nach dieser Richtung hin getroffenen Maßnahmen an und verglich sie mit den Maßnahmen in anderen Ländern. Bei der Besprechung der Außenpolitik erwähnte Mussolini die von der Regierung entwickelte angespannte Tätigkeit. Die Regierung schloß zahlreiche Verträge, Konventionen, Handels- und Freundschaftsverträge ab und führte ihre Ratifizierung durch. Das zeige, daß die Außenpolitik der Regierung bei den im September 1922 aufgenommenen Direktiven beharre, die darauf beruhen, eine Friedenspolitik bei entschiedenem und hartem Standpunkt der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Interessen des Volkes zu führen. Mussolini gab dann einige statistische Daten von Sicherheitsmaßnahmen zwecks Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und stellte fest, daß man mit einem gewissen Optimismus in die wirtschaftliche Zukunft des Landes blicken könne. Die Tätigkeit sämtlicher Ministerien sei ungeheuer und lobenswert gewesen. Mussolini führte dann Maßnahmen auf, die in Vorbereitung oder projektiert sind, und hob die Bedeutung der Arbeit in den Kolonien hervor. Er schloß seine Rede mit der Feststellung, daß die Regierung ihre Pflicht getan und dem Lande treu gedient habe, worauf er die Deputierten der Mehrheit aufforderte, die auf ihnen lastenden Pflichten zu erfüllen und ihre Kräfte zum Wohle des Vaterlandes gemeinsam anzuknüpfen. Nach der Rede wurde Mussolini eine begeisterte Ovation bereitet.

## Benech, Mussolini und Donaubund.

### Das Gespräch des Tages.

Dr. Benech, der allgewaltige Außenminister der Tschechoslowakei, der in den Jahren nach Versailles so sehr viel von sich reden machte, ist nach Wien gefahren — um einen Gsichtsbefuch zu machen. In diplomatischen Kreisen wird der bevorstehende Aufenthalt des tschechischen Außenministers Dr. Benech viel besprochen. Obwohl in Prag betont wird, daß es sich um einen

Gsichtsbefuch handelt, erinnert man daran, daß auch der jüngste Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu als ein „Gsichtsbefuch“ bezeichnet wurde, und daß das zeitliche Zusammentreffen der beiden Besuche tiefere Gründe hat und kein Zufall ist. Die beiden Führer der Kleinen Entente versuchten, in Wien die festere Zusammenfassung der Donaustaaten zu erreichen.

Bekanntlich ist der Gedanke einer Donaukonföderation seit der letzten Versammlung oft erörtert worden. Alle beteiligten Regierungen traten so, als ob sie diese Idee als limine abzulehnen würden. Diese Haltung ist darauf zurückzuführen, daß einzelne Regierungen ausschließlich noch innerpolitische Verwicklungen befürchten und die Öffentlichkeit erst entsprechend vorbereiten wollen, denn in Wirklichkeit sind alle Nachfolgestaaten an einer Zusammenfassung und an dem Abbau des heute bestehenden Abwehrsystems interessiert. Deshalb sollen die inneren Widerstände erst überbrückt werden, um dann den Zusammenschluß zur Tat werden zu lassen. In Österreich sind es die Großdeutschen, die die Donaukonföderation ablehnen, da sie den heutigen Zustand nur als einen Übergang zum Aufbruch Österreichs an Deutschland betrachten und eine Bindung Österreichs an diesen Grund bekämpfen. Da in der augenblicklichen parlamentarischen Konstellation keine Regierung ohne die Großdeutschen bestehen kann, wollen die Christlich-Sozialen nicht zugeben, daß sie eine Aktion zu Gunsten der Donaukonföderation mitmachen würden, unterstützen aber im Geheimen die darauf hinielenenden Pläne. In Ungarn sind es die Massenführer, die sich gegen einen Staatenbund an Donaubünden aussprechen, aber auch in Jugoslawien sind gewichtige politische Kreise gegen diese Art von Zusammenfassung der Donaustaaten. In Rumänien bekämpfen diese Idee dieselben Kreise, die den Ausritt Rumäniens aus der Kleinen Entente schon seit längerer Zeit fordern, da sie ihr Land von den Gefahren einer slavischen Hegemonie im Donaubereich befreien wollen, und schließlich nehmen in der Tschechoslowakei Demarsh und die nationalsozialistische Fraktion der Nationaldemokraten eine Kampfstellung gegenüber der Donaukonföderation ein.

Unter solchen Umständen können diejenigen Politiker der Kleinen Entente, die nach der Londoner Konferenz und nach den Ereignissen der letzten Völkerbundtagungen zu der Überzeugung gelangt sind, daß die Donaustaaten nur ein mächtiger Block, die innere Konsolidierung und die außenpolitische Machtheilung sichern kann, über dieses Problem und über die Vermittlung der Idee nur im Geheimen verhandeln. Deshalb werden so fleißig offiziöse Dementis herausgegeben, doch finden diese keinen Glauben, da in eingeweihten diplomatischen Kreisen immer wieder auf das Bestehen dieser Pläne hingewiesen wird. Persönlichkeiten, die der italienischen Gesandtschaft in Wien nahestehen, wollen erfahren haben, daß Mussolini in Prag und in Belgrad, mit besonderem Nachdruck aber in Wien bereits Vorstellungen erhoben und eine Gegenaktion angedroht habe. Auch der Abbruch der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen in Venedig deren Ergebnisse für Jugoslawien von großer wirtschaftlicher Bedeutung gewesen waren, ist darauf zurückzuführen, daß Mussolini mit diesem Schritt einen Druck auf die Belgrader Regierung in der Donaukonföderationsfrage ausüben will.

## Anarchistischer Putz in Spanien.

In Spanien war in den letzten Wochen die innenpolitische Spannung außerordentlich gewachsen. Man beabsichtigte jeden Tag einen Ausbruch von Unruhen. Am Sonntag ist nun ein größeres anarchistisches Unternehmen in Katalonien und Navarra ins Werk gesetzt worden. Der Putz ist aber als gescheitert zu betrachten.

Spanische Zeitungen berichten darüber folgendes: Am 11. September waren am Donnerstag von Bordeaux noch 6000 spanische Soldaten und hatten von dort zu Fuß die Grenze überschritten. Gegen 2 Uhr nachts hatten sie sich gruppenweise in Vera (Navarra) gesammelt, wo der Nachwächter die Bürgerwehr alarmierte. Durch wurden ein Korporal und ein Soldat getötet, dann weiter vier Mann verwundet. Als stärkere Vorgehensmaßnahmen erschienen ergriffen die Anarchisten die Flucht. Fünf Anarchisten sind gefallen, 27 wurden verhaftet. Von den 20 Gefangenen wurden fünf von französischen Soldaten in der Nacht verhaftet und acht von den französischen Soldaten in St. Jean de Luz verhaftet. Außerdem fand man einen Gefangenen auf dem Eisenbahngleis, der überdies vom Zuge überfahren worden war.

Auch die in Barcelona ausgebrochenen Unruhen haben keinen Erfolg gehabt. Die beiden Hauptplattentäter wurden bereits hingerichtet und damit ist zunächst Ruhe eingetreten. Es scheint aber, daß die Unruhebereitschaft mit der augenblicklichen Regierung in Spanien stark im Wochen begreifen ist und neue Ereignisse bevorstehen.

## Aus anderen Ländern.

### Um die Kulturautonomie.

Die „Gaz.“ meldet: In Berlin fand ein Kongreß von deutschen Minderheitenvertretern statt. Vertreten waren 12 europäische Staaten. Der Zweck war die gemeinsame Besprechung der Lage der deutschen Minderheiten in diesen Ländern. Der Kongreß kam zu dem Entschluß, daß trotz beträchtlicher Unterschiede in der Behandlung der Minderheiten in den einzelnen Ländern, die Minderheiten überall danach streben müsse, sich eine nationale-kulturelle Autonomie zu sichern, die ihr zumindest die Möglichkeit gebe, eigene Schulen zu gründen und zu verwalten. Dieser Antrag wurde von den Versammelten einstimmig angenommen.

### Rein!

Nach einer Meldung aus London soll nunmehr feststehen, daß Baldwin den Friedenspakt des Völkerbundes nicht ratifizieren wird, weil dadurch die britische Flotte in den Dienst des Völkerbundes gestellt würde. Wenn dies geschieht, so fällt der Friedenspakt in sich zusammen. Unter solchen Umständen kann natürlich auch keine Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre stattfinden.

### Bankett.

In London fand in der vergangenen Woche in der Somjetteilung ein Bankett und Empfang anlässlich des siebenten Jahrestages der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Somjetteilung statt. Auf der Somjetteilung wurde eine große rote Flagge mit Sichel und Hammer gehißt.

### Mac Donald.

Mac Donald hielt auf einem Bankett eine Rede, in der er u. a. erklärte, daß die Kommunisten größere Feinde der Arbeiter seien, als die konservative Partei. Die Arbeiterpartei werde sich als Oppositionspartei bemühen, der Nation dieselben Dienste zu leisten, als zu der Zeit, als sie die Regierungspartei war.

### Verzicht.

Wie die „United Press“ aus Peking meldet, ist ein neuer Akt des gänzlichen Verzichts aller Rechte des jungen Kaisers auf den chinesischen Thron vollzogen worden. Die Abdankung erfolgte auf Verlangen des gegenwärtigen Polizeiministers, der als Vertreter des neuen Kabinetts Verhandlungen mit dem Hofe des früheren Kaisers führte. Der neue Vertrag hebt die Gültigkeit der früheren Verträge auf, die in der Zeit der Bildung der Republik mit dem früheren Regenten abgeschlossen wurden. Der Exkaiser entsagt allen Rechten und Titeln auf die Güter, die zugunsten des Staates enteignet werden sollen. Für diesen Verzicht erhält der Exkaiser eine jährliche Rente von 500 000 Dollar.



POSCHEI J. H. C. 1841.



# Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

## Wirtschaft.

Polens Saatensatz. Das Statistische Hauptamt gibt zur Kenntnis, daß auf Grund von Verichten landwirtschaftlicher Korrespondenten der Monat Oktober hinsichtlich der Temperatur für die Feldarbeiten und die Vegetation der Winterfrüchte günstig war. Die Menge von Sonne und Wärme war genügend, die mittlere Temperatur des Monats zeigte eine Abweichung von der Durchschnittstemperatur von 1-1½ Grad über der Norm. Die Niederschläge dagegen waren unter Norm außer den nordwestlichen Gebieten Polens. In einigen Ostschichten des Südens und Südostens betrugen die Niederschläge kaum 25 bis 30 Prozent der normalen Niederschläge, und die Dürre erschwerte das Herbstpflügen und den Winterfrüchtaufgang. Die Winterfrüchte wurden trotz der im allgemeinen verspäteten Ernte rechtzeitig unter günstigen Bedingungen bestellt, und ihr Stand ist zufriedenstellend, etwas schwächer als der vorjährige, aber höher als der Durchschnittsstand, was sich in Qualitätsstufen (5 bedeutet sehr gut, 4 — gut, 3 — mittel, 2 — mäßig und 1 — schlecht) für ganz Polen folgendermaßen darstellt: Winterweizen 3,4; Winterroggen 3,5; Wintergerste 3,6; Weizen 3,6; Wintererbsen 3,8. Den besten Stand zeigten die Winterfrüchte in den westlichen und mittleren Poljowoblasten. Doch wurden in der Poljowoblast Lublin und Kielce, teils auch in der Poljowoblast von Warchau, die von der Lippenfliege oder der Heftenfliege (Gallmückenart) heimgegriffen waren, frühe Winterfrüchte in einigen Ostschichten erheblich durch sie geschädigt, so daß es vorkam, daß Felder neu besät wurden. In späterem Stande sind infolge von Dürre die Winterfrüchte in den Ostkreisen und in Kleinpolen, wobei im letzteren beträchtlicher Schaden von Feldmäusen und Schnecken angerichtet wurde, die dort in ungewöhnlich großer Menge auftraten.

Russisches Einfuhrverbot für Koffeesamen. Mit der Begründung, daß in Rußland z. St. Koffeesamen genügend vorhanden sei, daß nicht nur der eigene Bedarf gedeckt, sondern sogar noch exportiert werden könne, sind alle bisher für die Einfuhr von Koffeesamen erteilten Lizenzen annulliert worden.

## Industrie.

Die Lage der polnischen Sägewerkindustrie bietet in diesem Herbst noch ungünstigere Aussichten als bisher. Da, wie wir schon vor einiger Zeit erwähnt haben, die diesjährigen Holzpreise entweder gleich Null oder doch nur ganz geringfügig sind. Besonders schwierig ist die Lage in Galizien. Dort hatten bis Ende vergangenen Monats die Herbstholzfällungen überhaupt noch nicht begonnen. Nur einige Gesellschaften in den Tälern des Prut und Stryp, der Lomnica und Wystruga haben inzwischen einige Vorbereitungen getroffen. Diese verspätete Eröffnung der Herbstkampagne liegt nicht nur in der geringen Nachfrage des In- und Auslandes, sondern vor allem auch in dem katastrophalen Mangel an Bargeld und Krediten begründet. Wenn die Holzfällungen nicht alsbald in größerem Umfang aufgenommen werden, ist mit Betriebsstörungen bei den meisten galizischen Sägewerken bestimmt zu rechnen, umso mehr da auch die aus dem Vorjahre datierenden Bestände an Rohholz sich ihrem Ende zuneigen. Eine große Reihe von Werken, die weiter abwärts von den bedeutenderen Rohholzquellen liegen, arbeiten schon seit einer Reihe von Wochen nicht mehr, weil die Zuführung des Rohmaterials sich bei den gegenwärtigen Preisen zu teuer stellt. Der mangelnde Absatz auf dem heimischen Markt hat eine Preislenkung zur Folge gehabt, durch die manche galizische Werke gezwungen waren, ihr Material unter Verlust zu verkaufen. Vom Auslande zeigte sich vorübergehend einiges Interesse für französische Balken und englisches Material, jedoch waren die gebotenen Preise so niedrig, daß nicht einmal die Selbstkosten erreicht wurden. Ungünstige Nachrichten liegen auch über die Holzindustrie im baltischen Bezirk vor, in dessen soll die Forstwirtschaft in Dordblich größere Aufträge aus dem Auslande erhalten haben.

## Geldwesen.

Über die Eingehung der polnischen Kleingeldscheine unter 1 Zloty wird in Nr. 94 des „Gazetnik Ustaw“ eine ministerielle Verordnung bekanntgegeben. Danach werden die Scheine zu 1, zu 5, zu 10, zu 20 und zu 50 Zlotygrößen bis zum 31. Januar 1925 bei allen Staatsbanken und Abteilungen der Bank Polska gegen

Münzen, Geldscheine zu 1 oder 2 Zloty oder auch Noten der Bank Polska umgetauscht.

## Von den Banken.

Den Banken in Polen gibt es nach einer Zusammenfassung des Warschauer Finanzministeriums jetzt im ganzen 92, wovon 34 auf Warchau, 8 auf Lodz, 12 auf Posen, 10 auf Lemberg, 9 auf Katowice, 3 auf Bielest, 4 auf Krakau, 2 auf Bromberg, 3 auf Wilna, 2 auf Königsberg und je 1 auf Larniewitz, Thorn, Sopot, Pleskau und Lublin entfallen.

Von der „Powszechny Bank Depozytowy“ ist der größte Teil der Aktien in englische Hände übergegangen. Zum Direktor wurde der Engländer Moritz Plann ernannt.

## Von den Märkten.

Produkten. Lemberg, 11. November. Auf der Börse wurden keinerlei Transaktionen abgehandelt. Nachbörslige Umläge bei verhältnismäßig schwachem Angebot. Im allgemeinen starkes Angebot an Getreide und Kleie bei mangelnder Nachfrage. Tendenz etwas fallend und zurückhaltende Stimmung. Notiert wurden Inlandsschmalz von 1924 25—25,50, Kleinpolnisches Roggen von 1924 20,50 bis 21,50, Kleinpolnische Weizen 22—23, Durchmahlgerste 18—19, Kleinpolnisches Hafer von 1924 20—22, alle Preise Schätzungspreise ohne Transaktionen.

Warschau, 11. November. Transaktionen auf der Getreidebörse. Für 100 Kilo in Zloty franko Verladung, Roggenkleie 12,75, aus Mangel an Bargeld Tendenz flau. Für Roggen wurde verlangt 21 bis 22, für Weizen 26,50—27,50, für Hafer 22.

Wilna, 11. November. Preise engros für 100 Kilo ab Lager Wilna Roggen 20—22, Gerste 21, Hafer 21, Weizen 25,50, Buchweizen 18, Weizen 30—32, Weizenkleie 16, Kartoffeln 7,80—10, Heu 9, Stroh 7,20. Tendenz unverändert, Zufuhr klein.

Metalle. Berlin, 11. November. Für 1 Kilo Elektrolitkupfer wire bars (100 Kilo) 131,25, Raffinaderkupfer (99—99,9 Prozent) 1,22½—1,23½, Drig. Sittenweichblei 0,75—0,75½, Hochhaltigzinn (freier Verkehr) 0,68—0,69, Rematted Zinn 0,68—0,61, Originalaluminium (in Blöcken, in Stäben, gewalzt und gegossen) (98—99 Prozent) 2,80—2,40, in Stücken gewalzt und gegossen 99 Prozent 2,40—2,50, Zinn (Banta Straits Austral) 5,10—5,20, Sitten (99 Prozent) 5,00—5,10, Reinnickel 98—99 Prozent 3,15 bis 3,25, Antimon regulus 1,04—1,06, Silber in Barren Probe 0,900 95¼—96¼, Gold 23,05—23,15, Platin 14,75—15,00.

Metalle. Berlin, 11. November. Altpfennig 61—63, Glodengut 58—59, Messingzinn 42—43, Vollmessing 46—47, Messingabfall 52—53, Zinn 24—25, neue Zinnabfälle 28—29, Weichblei 32—33, Aluminiumblechabfälle 108—105, Schweißzinn 100—105.

Von den Warschauer Warenmärkten. Im Textilhandel hat sich das Geschäft belebt, da eine größere Anzahl von Käufern aus der Provinz eingetroffen ist. Kräftiges Erzeugnisse sind um 2 Prozent gestiegen. Gehers „Columbia“ kostete im Großhandel 0,25 Dollar je Meter. „Sperantia“ 0,23, Scheibler „Tit 80“ 0,22, „Tit 90“ 0,24, Waggia 0,25, Sibir 0,33, Russisches „Garmen“ 0,2, Wionia 0,25, Gampes „Abali“ 0,19, Zyrardower „Thyrolenne 19/90“ 0,24, Thyrolenne 19/90 0,25.

Auf dem Rohhautmarkt war die Tendenz für Harleider fest, für Weichleder schwach. Infolge der Preissteigerungen im Auslande um 7—8 % erwartet man auch in Polen trotz der geringen Umsätze ein Anziehen der Preise. Man zahlte in Zloty je kg Rohgewicht 170 Schmalz: Rinderhäute 1,14, Kalbshäute 2, Rinderhäute 17 Zloty je Stück. Die Lederpreise betrugen je kg in Zloty: schweres Sohlenleder 4,60, mittelschweres 4,30, leichtes 4,20—4,30, Sohlencrepons 1. Gattung 6,50, 2. Gattung 6, Suchten und Galedra leder 8,60 Zloty je Fuß.

## Börsen.

Der Zloty am 12. November. Danzig: Zloty 105,23 bis 105,47, Überweisung Warchau 104,43—104,97. Berlin: Überweisung Warchau 80,2¼—81,02¼, Überweisung Posen 80—80,10. Zürich: Überweisung Warchau 100. London: Überweisung Warchau 24,00. Neuport: Überweisung Warchau 19,25. Bukarest: Überweisung Warchau 84,50. Larniewitz: Überweisung Warchau 34,40. Riga: Überweisung Warchau 102,00.

## Kurze der Posener Börse.

Für nom. 1000 Wp. in Zloty

Wertpapiere und Obligationen:	13. November	12. November
Sparg. Posn. Pozyzja Zlota	—	6,20
Dom. Zloty	—	0,94—0,93
8% poln. Zloty Pozn. Ziemina Kred.	—	2,10—2,15

Bankaktien:		
Kawleki, Potocki i Sta. L.-VII. Em.	—	3,50
Bank Sm. Spółki Złoty L.-XI. Em.	6,80	6,80
Posn. Bank Ziemina L.-V. Em.	3,00	3,00

Industriek Aktien		
Alkoma L.-V. Em.	1,30	—
Centrala Rolnicza L.-VII. Em.	0,45	0,45
Gopiana L.-III. Em.	—	3,50
G. parow. L.-VII. Em.	0,75	0,75
Herzfeld-Dietrich L.-III. Em.	3,20	3,10—3,20
Lebia L.-IV. Em.	0,50	—

Lebia, Złota przetr. Ziemina L.-IV.	—	60
Dr. Roman Mał. L.-V. Em.	23,50	23
Poln. Ziemina L.-II. Em.	—	1,50
Poln. Złota Drzewna L.-VII. Em.	—	0,25
„Unia“ (früher Złoty) L.-III. Em.	6,80	0,75
Włocław. Złoty L.-III. Em.	6,80	7,00
Włocław. Chemikalia L.-VI. Em.	0,25	—
Zjed. Browar. Grodziskie L.-IV. Em.	1,35	—

Tendenz: behauptet.

Warschauer Börse vom 12. November. Bankwerte: Bank Diskontow. Warchau 6,50, Bank Handlowy w Warzawie 6,05, Bank dla Handlu i Przemysłu 1,10, Bank Kredytowy w Warzawie 0,35, Bank Przemysłu w Włocławie 0,32, Bank Zachodni 1,77, B. J. B. 1,65, Związek Spółek Złoty w Poznaniu 6,80, B. J. Ziemina 0,20, Industriewerte: Pils 0,88, Z. Spiel i Syn 1,50, Spółka A. Stram 7,00, Wildt 0,15, Brown Boveri 1,00, Sita i Swiatlo 0,48, Chodorow 5,05, Czersk 0,56, Gostocice 1,00, Gostocice 2,20, W. J. B. Cufu 3,60, Włocław 3,10, Kopalnia Włocław 3,00, Włocław 0,64, Włocław 4,50, Włocław 0,92, Włocław 6,45, Włocław 0,33, Włocław 1,33, Włocław 2,11, Włocław 1,80, Włocław 23,00, Włocław 13,00, L. J. Włocław 1,08, Włocław i Silesia 4,70, Włocław 2,45, Włocław 2,35, Włocław 0,54, Włocław 3. Pap. 0,33.

Berlin, 12. November. (Amtlich.) Seifingors 10,53—10,59, Wien 5,00—5,04, Prag 12,47—12,53, Budapest 561—563, Sofia 3,05—3,07, Holland 167,23—168,07, Christiania 61,50—61,80, Kopenhagen 73,67—74,03, Stockholm 112,27—112,83, London 10,28—10,38½, Buenos Aires 1,56¼—1,57¼, New York 4,19—4,21, Italien 15,03—15,09, Paris 22,18—22,30, Schweiz 80,72—81,12, Spanien 56,66—56,94, Danzig 76,81—77,18, Bukarest 2,34—2,36, Japan 1,61¼—1,62¼, Rio de Janeiro 0,48—0,49, Sankt Petersburg 6,08¼—6,09¼, Riga 80,90—81,10, Reval 41,42—41,83, Konstantinopel 2,30—2,32.

Danzig, 12. November. (Amtlich.) New York 5,4533—5,4807, London 25,11¼, Schied 25,11¼, Paris 28,92—29,08, Holland 217,58—218,67, Berlin 129,924—130,576, deutsche Mark 120,924—130,576.

Zürcher Börse vom 12. November. (Amtlich.) New York 5,19¼, London 25,93, Paris 27,47¼, Wien 73¼, Prag 15,45, Italien 22,45, Belgien 25,15, Budapest 69¼, Seifingors 13,00, Sofia 3,77¼, Holland 207,35, Christiania 73,50, Kopenhagen 91,50, Stockholm 133, Spanien 70,25, Buenos Aires 194, Bukarest 2,35, Berlin 123,50, Belgien 6,76¼, Athen 9,20, Konstantinopel 2,30.

1 Gramm Feingold bei der Bank Polska für den 13. November 1924 3,4590 zł (M. P. Nr. 260 vom 12. 11. 1924).

## Warschauer Börse vom 12. November.

Belgien	25,17½	Paris	27,50
Berlin	—	Prag	15,50
London	24,00—23,93	Schweiz	—
New York	5,18½	Wien	7,32¼
Holland	207,60	Italien	22,50—22,49

## Warschauer Vorbörsen vom 13. November.

Dollar 5,16, Englisch Pfund 23,74, Schweizer Frank 99,70, Französischer Frank 27,30.

**Landwirtschaft**  
56 Morgen groß, mit massivem Wohnhaus und Stall, sowie Fachwerkhäuser zu verkaufen.  
Angebote unter P. 3. 1039 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Gebildete alleinstehende evg. Dame, große, schlank, sehr nette Erscheinung, ruhiges Wesen. Eigenheim u. guten Verhältnissen, möchte oberselbst Herrin, mit vornehmer ehler Gesinnung, 42—50 Jahr, kennen lernen. Event. Heirat. Beste Diskretion selbstverst.; ebensolche verlangt. Zuschriften unter M. 50 an Rudolf Woske, Poznań, Bronecka 12.

## Arbeitsmarkt

**Vertreter-Gesuch.**  
Ingenieure, welche auf dem Gebiete der hydraulischen Pressen bewandert und bei der einschlägigen Industrie gut eingeführt sind, belieben Angebote mit Angabe des Bildungsganges und der seither erzielten Erfolge einzureichen.  
Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe, Karlsruhe (Baden).

Zum sofortigen oder späteren Eintritt wird ein Bilanzfischerer

**Buchhalter**  
gesucht, wenn möglich der deutschen und polnischen Sprache mächtig. Offerten nebst Bild erbeten an

Otto Zeidler, Wolsztyn.  
Likör- u. Fruchtsaft-Fabrik, Dampf- u. hydraulisch. Betr.

**Wagensattler**  
und einen tüchtigen Stellmacher (für bessere Wagensattlerarbeiten) sofort bei hohem Stundenlohn gesucht. Schriftliche Meldungen unter 993 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

**Verheirateter Hofbeamter**  
zu sofort oder später gesucht.  
Rittergut Wierzchoslawice, pow. Inowroclawski.

**Suche zum sofortigen Eintritt unverheirateten Brenneiverwalter**  
zur selbständ. Leitung meiner Brennerie, Kartoffel- und elektr. Anlage. Gutsvorstehergeschäfte und etwas Buchführung ist mit zu übernehmen. Zeugnisabschriften zu senden an C. Jacobi, Trzcianka, Michorzewo, pow. Grodziski.

**Gesucht**  
Kindergärtnerin II. Klasse oder Kinderfräulein mit guten Zeugnissen zu einem 4-jährigen Knaben.  
Frau E. Herrmann, Chojnice (Konitz), Rynek 11.

**Dominium im Süden Polens** sucht per 1. 4. 1925, eventl. früher, tüchtigen Schlosser, gelernter Fachmann, möglichst Deutsch-Pole, in mittleren Jahren, der die

**Dreschmaschine**  
führt und familiäre reichliche landwirtschaftl. Maschinen in bester Ordnung hält. Meldungen nebst Gehaltsanprüchen unter P. 1037 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

**Praktischer selbständiger Wirtschaftsinpektor,**  
welcher bis jetzt in Mittelschulen in intensiver Rube und Gemeinwirtschaft tätig ist, Ende 30 Jahre, verheiratet, kleine Familie, welcher einzuwandern, fucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen, vom 1. 1. 25

**möglichst selbständige Stellung.**  
Gest. Offerten erbitte an Inspektor Kusch, Dominium Schlaufe, Kreis Münsterberg, Schlesien, Deutschland.

**Zweck Erlernung der polnischen Sprache**  
durch Konversation wird für Landschloß in Poln.-Oberschlesien gebildete Persönlichkeit aus deutschem Hause zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Junge Dame bevorzugt, die Gelegenheit hätte, sich im Haushalt zu vervollkommen. Gest. Angebote unter D. 975 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

**Suche per sofort Mädchen**  
für kinderlosen Haushalt, welches in allen häuslichen Arbeiten vollkommen die Hausfrau vertreten kann. Bedingung ordentlich und reinlich sauber. Vorstellung u. polnischsprachig. 1. Kassefabrik.

**Unterbreiter,**  
der mit Brenneier, Trodnerei, elektrischen Lichtanlagen gut vertraut ist, und ein

**Cleve,**  
der schon durch eine Kampagne gelernt hat, suchen per sofort Stellung. Gute Zeugnisse vorhanden. Gest. Angeb. unt. 1001 an d. Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

**Buchhalterin,**  
mit allen Büroarbeiten vertraut, im Geschäftsverkehr bewandert, sucht ab 1. 1. 25 passenden Wirkungsstätte, am liebsten in Getreidebranche. Offerten unter A. 999 an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

**Junger Mann**  
sucht Stellung zur Erlernung des Hausbaus. Angebote unter 984 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

**Landw.**  
24 J. alt, poln. Staatsbürger, poln. Sprache beh., mehrjährl. Praxis, gute Zeugnis, sucht zum 1. Januar 1925 Stellung direkt unterm Chef, resp. als II. Beamter. — Gest. Offerten unt. A. A. 1010 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Suche Stellung als junger Inspektor**  
unter Oberleitung. Bin 21 Jahre alt, beste Gymnasialbildung und bin 3½ Jahr im Verh. Empfehlungen zur Seite. Offerten unter A. 1033 an die Geschäftsst. des Blattes erbeten.

**Kontoristin**  
mit mehrjähriger Büropraxis, der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, fucht Stellung, evtl. als Sekretärin. Offerten unter C. 991 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Suche Stellung zum 1. 1. 1925 oder früher als**

**Wamsell resp. Stäbe**  
der Hausfrau, Haushaltungsschule besucht, erfahren im Kochen, Baden, Pflegen, Sticken, Wäsche, Wirtschaft und Geflügelzucht; bin deutsch-tsch. und beider Sprachen mächtig. Gest. Angeb. erb. an Fräulein Eggler, Dom. Pomodoro, poczta Wolsztyn.

**Ankündigung a. Verkäufe**

**Zu kaufen gesucht:**  
Aus dem Posener Lande V. Jahrg. 1910 Sept 3 apart. Aus dem Oblande XII. Jahrg. 1918 Sept 1 apart. Anbieten mit Preis unter A. an die Geschäftsstelle des Bl. erbeten.

**Weißes Bärenfell,** wunderbar schön, außerordentlich groß als Teppich, sofort zum Verkauf. Adressa Slowackiego 37. Gartenhaus 1. Etod.

**Ein Student** sucht vom 15. ds. Mts. an Pension a. l. bei deutscher wirtsch. Familie, kann auch poln. Unterricht erteilen, sowie Klavierstunden. Gest. Angebote unt. B. 1022 an die Geschäftsstelle des Bl. erbeten.